

NACHRICHTEN

AUS DEM

WIDERSTAND

MINUS 31 NUMMER

(8/92)

6. MAI 1992

PREIS: ÖS 15,—

# TATblatt

Projekt  
Zweitageszeitung  
alle 14 Tage  
brandaktuell  
Unabhängige Initiative  
Informationsvielfalt  
Gumpendorferstraße  
157/11  
1060 Wien  
Tel.: (0222) 56 80 78  
Konto: PSK 7547 212

Sevilla / Spanien

Schüsse auf DemonstrantInnen, Massenverhaftungen, Mißhandlungen

## EXPOlizeiterror

"Die Weltausstellung will ihren Besuchern eine Vorstellung von Toleranz, Respekt der Meinungsvielfalt und der internationalen Solidarität vermitteln.", so Juan Carlos in der Eröffnungsrede zur EXPO 1992 in Sevilla, die ganz im Zeichen des 500-Jahr-Jubiläums der blutigen Eroberung Amerikas steht.

Was damit wohl gemeint sein kann, zeigte sich in Sevilla bereits einen Tag zuvor: brutale Polizeiprügeleinsätze, gezielte Schüsse auf Demonst-

rantInnen, Jagd auf alle, die nur irgendwie so ähnlich wie mögliche DemonstrantInnen aussahen. Während der Eröffnungsfeier setzte sich diese Polizeitaktik fort.

Vorläufige Bilanz: an die hundert zum Teil schwer Verletzte und ebenso viele Verhaftete. Die Verhafteten wurden alle schwer mißhandelt. Unter ihnen auch ein TATblattling aus Wien: Peter R.

Ausführlichere Berichte im Blattinneren

### AUSSERDEM IN DIESEM TATBLATT

**Hungerstreik von  
KurdInnen in Wien**

**Protestaktionen  
gegen die  
Ermordung von  
11 Mitgliedern von  
Devrimci Sol in der  
Türkei**

**Enteignungen beim  
Bau der  
Pyhrnautobahn**

**Widerstand gegen  
den Semmering-  
Basistunnel**

**u.v.a**



In mehreren Städten gab es Solidaritätsaktionen. So wurde etwa in Hamburg in der Stadt, wo die EXPO 2000 stattfinden soll, das Rathaus entscheidet. In Wien gab es eine Kundgebung und drei Demonstrationen statt. Das Bild zeigt die Kundgebung am Nachmittag des 24. Aprils auf dem Weg zur spanischen Botschaft.

# Hungerstreik von Kurdinnen und Kurden in Wien

(TATblatt Wien)

Seit 13. April befanden sich 40 KurdInnen und Kurden aus Protest gegen die Massaker im türkisch besetzten Teil ihres Landes im unbefristeten Hungerstreik. Nach 15 Tagen wurde er abgebrochen. Welche Ergebnisse sie erreichen konnten, ist uns trotz Versuch nicht gelungen herauszufinden. Die Streikenden forderten die Abhaltung einer Sondersitzung des Nationalrates, konsequentere und vor allem tatsächengetreue Berichterstattung in den Medien und die Entsendung einer parlamentarischen Delegation nach Kurdistan.

der Hungerstreik in den Medien totgeschwiegen oder unter "in Kürze" gemeldet. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Dabei sind die "Forderungen der Strei-

Delegation in das türkisch besetzte KurdInnengebiet anklingen lassen; bei der SP speißt sich's....

Zwar gibt's still und heimlich "Grußbotschaften" (u.a. von Nationalratspräsident Fischer), in denen Unterstützung für "berechtigte Forderungen der Kurden" erklärt wird, aber sonst nichts.

Die Streikenden selbst "vertrieben" sich die Zeit mit Theatervorführungen, Konzerten kurdischer MusikerInnen und Videos über die aktuelle Situation in Kurdistan. Auch nicht ganz "ungefährlich": Ein Hungerstreikender brach unter Krämpfen zusammen, als er in einem Video unter

den vom Militär getöteten die Leiche eines Freund erkannte.....



Die Polizei zeigte Herz für die Anliegen der KurdInnen — sie untersagte prompt die Abhaltung des Streiks in der Öffentlichkeit. Das Recht sich zu versammeln gilt in Österreich höchstens 6 Stunden! Nunmehr bleibt es Herr und Frau ÖsterreicherInnen erspart, sich am Heimweg von Arbeit/shopping (in der Karlsplatzpassage) von den Protesthungerern den Appetit verderben zu lassen. Der Streik fand im KSV-Lokal in der Gußhausstraße (Nähe Karlsplatz) statt.....

Dementsprechend waren auch die Reaktionen: Mit wenigen Ausnahmen wurde

kenden durchaus erfüllbar", wie ein Sprecher in einer Pressekonferenz meinte, bloß der politische Wille, sich damit zu befassen, scheint zu fehlen.

## Parlamentarisches Reisen.....

...ist, so scheint es zur Zeit, daß einzige, worauf sich die Politiker einlassen wollen. Sowohl FPÖ als auch ÖVP haben den Grünen gegenüber informell ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an einer

In einer Pressekonferenz kündigten zwei VertreterInnen der Wiener Grünen an, nötigenfalls mit einer reinen Grünen-Delegation in den türkisch besetzten Teil Kurdistan zu fahren. Allerdings solle doch lieber die parlamentarische Delegation, die Mitte Mai als WahlbeobachterInnen in den (zur Zeit doch nicht ganz) irakisch besetzten Teil Kurdistan fährt, vorher auch den türkischen Teil besuchen. Friedrun Huemer stellte fest, daß all jene Politiker, die die "gewaltfreieste Form der politischen Aktion, den Hungerstreik" ignorierte, die Verantwortung für die Gewalt tragen, die aus dieser Ignoranz hervorgeht (nicht schlecht gesagt!). Ein Vertreter der "Jungen Generation in der SPÖ" forderte einen vollständigen Boykott der türkischen Wirtschaft, vor allem der Tourismusindustrie.

## Die Forderungen der Hungerstreikenden

- Entsendung einer parlamentarischen Beobachterdelegation nach Kurdistan.
- Sondersitzung des Parlaments, um den Boykottbeschuß des Gemeinderats auch auf nationaler Ebene zu wiederholen.
- Durchsetzung des Boykotts durch intensive Aufklärungsarbeit.
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des Kurdischen Volkes durch das österreichische Parlament
- Intensivere Berichterstattung über das Schicksal des Kurdischen Volkes in den Medien.

## Zur Präzisierung der Forderung nach Abhaltung einer außerordentlichen Parlamentsdebatte

(Hungerstreikkomitee)

Der türkische Staat begründet sein überaus grausames Vorgehen gegen die KurdInnen damit, daß er die Aktivitäten von Terroristen bekämpfen müsse. Tatsächlich handelt es sich bei den so Verfolgten um Menschen, die lediglich Aktivitäten setzen, um ihre Menschenrechte zu erlangen. Diese Menschenrechte sind in den KSZE-Beschlüssen genau definiert (Kopenhagener Abschlußdokument). Sowohl Österreich als auch die Türkei sind Mitunterzeichner dieses Dokuments.

Darin enthalten sind:

- Das Recht auf die Gründung nationaler Organisationen.
- Das Recht auf Erforschung der Geschichte, Kultur und Identität eines Volkes.
- Das Recht, eigene Lösungsmodelle für politische Verwaltung zu entwickeln.
- Das Recht auf Kontakte mit Angehörigen des selben Volkes auf politischer und kultureller Ebene über Grenzen hinweg.

Der türkische Staat mißachtet diese Bestimmungen seit Jahren vehement und verübt Massaker am kurdischen Volk. Er ver-

sucht mit allen Mitteln die Eigenständigkeit des kurdischen Volkes zu verhindern. Diese Verstöße berechnen und verpflichten den österreichischen Staat gemäß des Moskauer Abschlußdokumentes, Experten in die betroffenen Gebiete zu entsenden, die die Lage vor Ort prüfen können. Der österreichische Außenminister möge diesen Prozeß innerhalb der KSZE-Staaten in Gang setzen.

Die bisherigen Bemühungen des österreichischen Staates waren nicht zielführend, denn die türkische Regierung beantwortete

die Note des österreichischen Außenministeriums mit einem Memorandum: Österreich müsse die Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus (!) unterstützen.

Die Entsendung einer parlamentarischen Delegation erscheint daher dringend notwendig. Ihre Ziele sind:

- Aufschluß darüber zu erlangen, in welchem Maß die Zivilbevölkerung vom türkischen Staat verfolgt wird. Die Delegation soll an Ort und Stelle Kontakt mit Vertretern der KurdInnen aufnehmen, um einen wahrheitsgemäßen Bericht über die Situation erstellen zu können.

- Die Delegation möge überprüfen, ob die ARGK (kurdische Volksbefreiungsarmee) der Genfer Konvention von 1949 und ihren Zusätzen entspricht.

In der außerordentlichen Parlamentsdebatte soll weiters beschlossen werden, daß gemäß Art.24 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) eine Staatenbeschwerde gegen die Türkei erhoben wird, in der die Verletzung des Art. 2 (Recht auf Leben), des Art. 3 (Verbot der Folter und der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe), Art.5 (Schutz der persönlichen Freiheit), Art.6 (Recht auf faires Verfahren), Art.8 (Recht auf Privat- und Familienleben), Art.10 (Meinungsfrei-

heit), Art.11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), Art.13 (Recht auf effektive Beschwerdemöglichkeit), Art.14 (Verbot der Diskriminierung aufgrund politischer Anschauung bzw. aufgrund der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit) und Art.15 (Notstandsklausel zur Außerkraftsetzung bestimmter Konventionsrechte) verurteilt wird.



Opfer der Konter-Guerilla im türkisch besetzten Teil Kurdistans

In diesem Zusammenhang soll das türkische Gesetz Nr. 3713 vom 21. April 1991 zur Bekämpfung des Terrors einer konventionsrechtlichen Überprüfung unterzogen werden.

Ein weiterer Beschluß soll gefaßt werden: Eine Mitteilung über die regelmäßigen, schweren und zuverlässig bezeugten Verletzungen von Menschenrechten in der Türkei an die Unterkommission für die

Verhinderung von Diskriminierungen und für den Schutz von Minderheiten zu fordern, um die Einleitung eines Verfahrens gemäß der Resolution 1503 (XLVIII) des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen zu bewirken.

Im Sinne des vom österreichischen Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten bei schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen vorgeschlagenen "emergency-mechanism" soll der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befaßt werden.

Der vom Wiener Gemeinderat gefaßte Beschluß eines Tourismus-Boikotts hat bereits seine Wirkung in der türkischen Regierung gezeigt, indem darüber diskutiert wurde. Das Parlament möge daher zu einem bundesweiten Tourismus-Boikott aufrufen, um die Wirkung noch weiter zu verstärken.

Darüber hinaus möge die Bundesregierung an den ORF appellieren, den Vorgängen in Türkisch-Kurdistan eine objektive und intensive Berichterstattung zu widmen.

Zur Unterstützung seines Tourismus-Boikotts möge der Wiener Gemeinderat entsprechende Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten, etwa in Form einer Plakataktion und Inseraten in Zeitungen.

## Nachrichten aus der Türkei

(TATblatt)

In der Nacht vom 16. auf den 17. April ermordete die türkische Polizei 11 Mitglieder von Devrimci Sol. Dem zuvorgegangen waren zum Teil mehrstündige Gefechte mit Sondereinheiten der Polizei, bei welchem letztere neben Tränengasgranaten und Scharfschützen sogar Schützenpanzer eingesetzt hatte. Die "Enttarnung" der Wohnungen dürfte Folge von Observationen gewesen sein.

Eine ausführliche Erklärung Devrimci Sol's zu den Ereignissen des 16./17. Aprils folgt im nächsten TATblatt.

### Die Beerdigung...

Am 21.4. wurden die am 17. April ermordeten führenden GenossInnen Sabahat Karatas, A. Fazil Özdemir und Sati Tas in der Fahne Devrimci Sols gehüllt beerdigt. An

dem Begräbnis durften nur die engsten Familienangehörigen teilnehmen. Dennoch wurde Sabahat mit Widerstandsliedern beerdigt. Die Polizei wollte mit 200 Festnahmen (darunter auch Anwälte) verhindern, daß die Beerdigung zu einer großen Demonstration würde.

Die Polizei besetzte das Gecekondu Küçük Armutlu. Die Bevölkerung des Gecekondu hißte Devrimci Sol Fahnen und rief "Devrimci Sol Kämpfer sind unsterblich". Den darauffolgenden Versuch der Polizei, dort Durchsuchungen durchzuführen, scheiterte am Widerstand der Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit den Solidaritätsaktionen für Devrimci Sol wurden bisher über 2000 Menschen (in Worten: zweitausend) verhaftet. Auch die Familie Sabahat Karatas's wurde festgenommen.

### Aktionen in der Türkei...

#### 17. April 1992

- In Besiktas Barbaros Bulavan wurden zwei Gebäude der MEF bombardiert.

- In Istanbul wurde das US-amerikanische konsulat bombardiert; es entstand großer Sachschaden.

- Am gleichen Morgen wurde ein pensionierter Major getötet, in Bursa wurde ein "Verein der pensionierten Polizisten" bombardiert.

- Am Abend wurden in Istanbul zwei Polizisten erschossen

#### 18.4. in Istanbul

- Um 21.30 wurde in Kagithane/Küçükköy ein Streifenwagen unter Beschuß genommen und dabei ein Kommissar und ein Inspektor bestraft.

#### 19.4.

- In Bakirköy wurde ein Streifenwagen

unter Beschuß genommen. Es gab keine Verletzten.

- In Cinar explodierte in einer Polizeiwachstube eine Bombe.

#### 21.4. in Istanbul

- Um ca. 7 Uhr 30 wurde ein Polizist bestraft. Ein Passant kam dabei ums Leben. Auch ein Kämpfer von Devrimci Sol starb.

- Um ca. 17 Uhr 30 wurden in einer Bestrafungsaktion Angehörige der Spezialeinheit "Cevik Kuvert" unter Beschuß genommen. Dabei wurde ein Polizist schwer verletzt. Während des Rückzuges der Devrimci Sol KämpferInnen kam es in Merterde zu einem Schußwechsel mit der Polizei. Ein Devrimci Sol Kämpfer starb.

- In Adana wurde ein Polizeiauto unter Beschuß genommen. Bei dieser Aktion starb ein Polizist.

#### 22.4.

- In Istanbul/Eyüp wurde eine Bombe mit großer Wirkung in einem Polizeiwachposten für Vorgesetzte/Offiziere zur Explosion gebracht. Das Ziel der Aktion, die Bestrafung Ahmet Kaplans (Chef der Polizei), wurde aus Zufall nicht erreicht. Dennoch wurde eine große Zahl von Streifenwagen zerstört.

## Protestaktionen gegen die Ermordungen der 11 Mitglieder von Devrimci Sol in Europa

#### 18.4.1992

- In Berlin/Kreuzberg wurden aus Protest gegen das Massaker vom 17. April die Fenster der "Pamuk-Bank" eingeschlagen.

- In München wurde eine türkische Bank bombardiert. Devrimci Sol bekennt sich zu der Aktion.

- In Köln haben 100 Menschen das Büro des Westdeutschen Rundfunks (WDR) besetzt.

- In Wien legten Personen von Devrimci Sol Gücler an drei verschiedenen Orten (Kettenbrückengasse, Brunnengasse, Stephansplatz) Feuer auf den Straßen; der Verkehr wird lahmgelegt. • Am gleichen Abend wurden die Fensterscheiben der Vakif-Bank eingeschlagen.

- In Berlin und GB wurde das Büro der türkischen Fluglinie vollständig zerstört.

- In Paris veranstaltete eine Gruppe von Menschen eine unangemeldete Kundgebung vor dem türkischen Konsulat. Sechs Personen wurden verhaftet, weil sie eine Fahne von Devrimci Sol Gücler am Gelände

Kampf in Türkei/Kurdistan) veröffentlichten ein Protestflugblatt und eine Presseerklärung.

- In Rotterdam wurde im Gebäude der türkischen Fluglinie ein Feuer gelegt. Zur Aktion bekannte sich Devrimci Sol.



Devrimci Sol: Für uns gibt es keinen Tod

#### 20.4.1992

- In Lyon wurde das Gebäude der türkischen Fluglinie durch Feuer zerstört.

- In London demonstrierte Devrimci Sol Gücler vor dem türkischen Konsulat.

#### 22.4.1992

- In London wurde der Vertrieb/die Verteilungszentrale der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" unbenutzbar gemacht.

der aufhängten.

#### 19.4.1992:

- In Dortmund wurde die Pamuk-

## letzte Warnung

Weitere Aktionen sollen und müssen folgen! Unsere Forderungen:

- Sofortiger Tourismus-Boycott!
- Sofortige Einstellung aller militärischen, politischen und wirtschaftlichen Unterstützung!
- Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit der Türkischen Republik!
- Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes!

Schluß mit dem türkischen Staatsterror! Schweigen heißt zustimmen!

Bank von Devrimci Sol Gücler besetzt.

- In Köln wurde das Büro der türkischen Luftlinie besetzt. Die Polizei nahm alle BesetzerInnen fest. Die BesetzerInnen wurden von der Polizei verprügelt, kamen aber nach drei bis fünf Stunden frei.

- In Köln traten 30 Menschen im "Volkskulturverein" in einen auf drei Tage befristeten, symbolischen Hungerstreik.

- Das TEDKAD-Komitee (Unterstützungskomitee mit dem revolutionären

Folgende Anschlagserklärung fand sich kürzlich in unserem Postkasterl. Das Original fiel, wie immer, einem mysteriösen Brandanschlag zum Opfer.

"Wir haben in der Nacht vom 22. auf den 23. April 1992 versucht, die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates durchzusetzen. Mit Superkleber und Flugblättern haben wir 28 verschiedene Reisebüros, die besonders ekelhaft für Urlaub in der Türkei werben, das Aufsperrn am Donnerstag ein wenig erschwert.

Die Massaker am kurdischen Volk und an den KämpferInnen von Devrimci Sol erschüttern uns. Fortschrittliche KurdInnen und TürkInnen sollen wissen, daß ihr Kampf gegen den türkischen Faschismus in West-/Mitteleuropa nicht unbemerkt bleibt.

Vranitzky hat nichts eiligeres zu tun, als dem an den Massakern mitverantwortlichen Inönü die Hand zu schütteln, von Mocks "KSZE-Prozeß" ward nie mehr 'was gehört (die zehn Tage sind wohl schon vorbei, oder?). Die Reisebüros werben noch und nöcher für den Urlaub in der Türkei, obwohl sie wissen, daß keine 300 Km von den Touristenzentren entfernt auf KurdInnen geschossen wird!

Jeder Groschen, der in die "Republik Türkei" fließt, fließt ins Waffenbudget der Militärs, Kontraguerrillas und Sondereinsatzgruppen.

Wir lehnen die ganze Tourismus-Scheiße ab — aber ganz besonders lehnen wir die Tourismus-Industrie ab, wenn damit Mord finanziert werden soll. Aus diesem Grund, hat unsere Aktion auch die Richtigen getroffen!

Das war nur eine Warnung — Wir können wiederkommen — jede Nacht!

#### Militanter Arm des Wiener Gemeinderates

PS.: In der Favoritenstraße hat noch eine Sex-Kino dran glauben müssen, weil wir noch Kleber hatten, aber keine Reisebüros mehr.

Gegen Sexualität als Ware!!!!

PPS.: Aktionen dieser Art können vorzüglich zu Zeiten durchgeführt werden, an denen noch Leute auf der Straße sind! Sicherheitshalber eine Tube Superkleber für jedes Schloß besorgen!!!!

# FAPI (Forum antipsychiatrischer Initiativen) - Treffen in Wien

(FAPI)

Vom 27.3. bis 29.3. fand in Wien ein Treffen von antipsychiatrischen Gruppen aus Deutschland und Österreich, die in der FAPI organisiert sind, statt.

Die FAPI wurde Mitte der 80er Jahre gegründet, Gruppen aus Schweiz, Deutschland und Österreich sind unter diesem Namen zusammengeschlossen. Treffen werden jedes halbe Jahr in einer anderen Stadt abgehalten.

Das Forum antipsychiatrischer Initiativen wurden in erster Linie ins Leben gerufen, um den Informationsaustausch zwischen deutschsprachigen Gruppen zu verbessern und um gemeinsame, überregionale Aktionen gegen Psychiatrien durchzuführen.

Ziele der FAPI sind:

Verbot von Neuroleptika

Verbot von E-Schocks

Verbot von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie

Umverteilung von öffentlichen Budgetmitteln zu gunsten psychiatriekritischer Aktivitäten

In letzter Konsequenz die Abschaffung der Psychiatrie

(es gibt natürlich noch viel mehr und

konkretere Forderungen; diese hier hinzuzufügen würde aber den Rahmen des Artikels sprengen)

Beim Treffen in Wien anwesend waren VertreterInnen der Irrenoffensive Berlin, des KommRum Berlin, der Weglaufhausgruppe Berlin, der Irrenoffensive Ruhrgebiet, VertreterInnen von antipsychiatrischen Gruppen aus München, Kiel, Bochum und Leute von SPK Wien und K.A.I.

Viele Diskussionspunkte wurden in den 3 Tagen durchgekaut. Hier kurz die wichtigsten:

Im Oktober 91 fand in Zandvoort/Holland ein Treffen von antipsychiatrischen Gruppen aus 19 europäischen Ländern statt. Es wurde das European Network gegründet, das verstärkte Zusammenarbeit dieser Gruppen auf europäischer Ebene ermöglichen soll. Ein zentrales Infobüro, das als Anlauf- und Koordinationsstelle dienen könnte, soll entstehen (European desk).

5 überregionale Zusammenschlüsse kümmern sich um bestimmte Themen: die deutschsprachigen Länder um psychiatrisches Testament und Neuroleptika, S-europäische Länder um Entwicklung von Alternativen zur Psychiatrie, Frankreich um Musterprozesse, skandinavische Länder um

das nächste Treffen 1993, Holland kümmert sich um die Infostelle. Gemeinsame Zeitung wird der "europäische Rundbrief".

Ein weiterer Punkt beschäftigte sich mit verstärkter Arbeit am psychiatrischen Testament (ein psychiatrisches Testament ist eine beglaubigte Erklärung, die Einweisung in Psychiatrien und Zwangsbehandlung im vornherein ausschließen soll). In einigen Städten Deutschlands (vor allem in Berlin) könnten mit psychiatrischen Testamenten bereits Erfolge gegen Zwangsbehandlung erzielt werden. Auf Österreich bezogen soll der Test auf österreichisches Recht angepaßt werden.

Die Leute von der Weglaufhaus-

gruppe Berlin berichteten über die derzeitige Entwicklung um das Weglaufhaus, das im Oktober 92 eröffnet werden soll (Das Weglaufhaus soll Leuten, die aus der Psychiatrie flüchten einen besseren Übergang zu psychopharmakafreiem und selbstbestimmtem Leben ermöglichen). Bis jetzt gibt es noch zu wenig Geld um zu eröffnen. Über PatInnenschaften wird versucht, eine bessere finanzielle Absicherung zu erreichen.

Zur Diskussion über den Begriff "Krankheit":

Der Begriff "Krankheit" wird verwendet, um psychiatrische Gewalt zu legitimieren. Die Legitimation von Zwangsmethoden wird konstruiert, obwohl immer Gründe für sogenanntes "Fehlverhalten" direkt nachvollziehbar sind.

Der Krankheitsbegriff in bezug auf seelische Zustände ist falsch, er dient nur zur Diffamierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung. Seelische Zustände müssen entmedizinisiert werden, das heißt nicht als Symptom "behandelt" werden. Die Ursachen, die gesellschaftlich bedingt sind, müssen hinterfragt und angegriffen werden.

Psychiatrische Begriffe sind grundlegend diffamierend und daher grundsätzlich abzulehnen. Es ist aber eine Illusion, durch bloße Änderung der Begrifflichkeit etwas zu verändern. Wichtig ist, daß wir in direkter Kampfposition zu den Psychiatern stehen - aber - nicht nur die Psychiatrie darf angegriffen werden, das gesamte kapitalistische Entmenschlichungssystem ist zu hinterfragen.

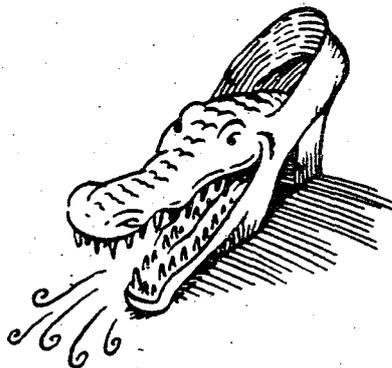
Sogenannte "Krankheitseinsicht" wird abverlangt, um aus Psychiatrien als "gesund" entlassen zu werden, ist mensch nicht "krankheitseinsichtig" wird einfach die Psychopharmakadosis erhöht (die Psychiatrie hat nicht den Anspruch Menschen zu "heilen", sondern versucht, die rechtlich festgesetzte "Selbst- und Fremdgefährdung" auszuschließen - Symptombehandlung). Schon wenn mensch in die Psychiatrie eingeliefert wird, ist er/sie als "krank" abgestempelt.

Leute, die sich für die FAPI interessieren, können wir die FAPI-Nachrichten zuschicken (ÖS 35,- plus Porto). Oder ihr holt sie euch einfach in der Chuzpe ab.

Wir suchen Kontakt zu Leuten, die gegen die Psychiatrie arbeiten oder arbeiten wollen. Außerhalb Wiens haben wir in Österreich sehr wenige Kontakte zu psychiatriekritischen Leuten oder Gruppen.

Meldet euch - schreibt uns - wir senden euch Informationen zu - oder kommt zu unserem Treffen: jeden Mittwoch 19 Uhr 30 in der Chuzpe.

FAPI - K.A.I.  
in der Chuzpe, 1090 Wien, Marktgasse 21-23, Tel. 34-50-524



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

## GEA

GehenSitztenLiegen

1090 WIEN, Meiri Standinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelplortgasse 26, Tel. 512 19 67

## Datenschutz: High Noon in Brüssel — Friedhofsstille in Österreich

Seit November 1990 wird ein Richtlinienentwurf zum "Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten" in Brüssel diskutiert. Der Entwurf enthält positive Ansätze, leidet aber an konzeptionellen Schwächen. Rund 200 Veränderungsanträge des Europaparlaments zögern das Inkrafttreten weiter hinaus.

Ob Brüssel den Datenschutz in Österreich wiederbeleben wird, ist zweifelhaft. Die Schwächen der Gesetze sind ähnlich.

(ECE-Engagierte Computer ExpertInnen)

Die Richtlinien der EG zwingen die Mitgliedstaaten zur Neuentwicklung oder Anpassung der betreffenden gesetzlichen Grundlagen, wobei die einzelnen Staaten Freiräume bezüglich der konkreten Gestaltung haben.

Die vorliegende Richtlinie der EG-Kommission hat das Ziel, ein einheitliches und hohes Niveau in Datenschutzfragen in der EG sicherzustellen, um den Datenverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten problemlos zu gestalten. Die gegenwärtig sehr unterschiedlichen Datenschutzregelungen machen zahlreiche Prüfungsverfahren notwendig und führen damit zu starken Behinderungen.

Folgende Punkte des Entwurfes sind von der Zielsetzung her sicherlich als positiv einzuschätzen:

\* Ein erweiterter Beroffenenschutz, der in vielen Fällen die Zustimmung der Betrof-

fenen zur Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten notwendig macht.

\* Die Zustimmung soll nicht mehr pauschal, sondern nur mehr konkret, ausdrücklich und auf einen bestimmten Verarbeitungszweck hin erfolgen können. Der Widerruf soll jederzeit möglich sein.

\* Eine Beurteilung von Personen, die sich allein auf EDV-Daten stützt, ist unzulässig ("Datenschatten"). Damit wird der Begriff "Schutz der Person" erweitert.

\* Besonders sensible Daten (zB Religionszugehörigkeit, Politische Einstellung, ethnische Herkunft, Gewerkschaftszugehörigkeit, etc) dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher und freier Zustimmung der Betroffenen verarbeitet werden.

\* Technisch organisatorische Schutzmaßnahmen werden zwingend vorgeschrieben. Sie müssen bei der Anmeldung einer Verarbeitung dokumentiert werden.

Der in der EG-Richtlinie gewählte Ansatz, die Schutzmechanismen weitestgehend zwischen den unmittelbar Betroffenen und dem EDV-Verarbeiter zu organisieren, führt jedoch in eine fatale Situation. Würden die Informations-, Auskunfts- und Einsichtsrechte von den Verarbeitern ernstgenommen, würde dies zu einer explosionsartig anwachsenden Bürokratisierung und mehreren hundert Schriftwechsell für jeden Betroffenen pro Jahr führen. Das wäre undurchführbar.

Die Konsequenz draus, die zusätzlich noch durch unzureichende oder völlig fehlende Strafbestimmungen verstärkt wird, ist, daß Bestimmungen durch eine große Zahl von Schlupflöchern schon im Gesetzgebungsprozeß ausgehöhlt und/oder ständig unterlaufen werden.

Das österreichische Datenschutzgesetz, als "ein großes Schlupfloch", hat diese Entwicklung bereits vorweggenommen.

Um der Zwickmühle zwischen Bürokratisierung und Aushöhlung gesetzlicher Bestimmungen zu entkommen, müßten adäquate Datenschutzgesetze geschaffen werden,

\* die den bürokratischen Aufwand auf ein praktikables, aber allgemein gültiges Maß beschränken. Dabei sollte differenziert nach Bedeutung einer Verarbeitung und dem Interesse der Betroffenen unterschiedlich weitgehende Informations- und Untersagungsrechte zum Einsatz kommen.

\* Zusätzlich sollte eine Zwischenstufe (branchenbezogen oder regional gegliedert) von Datenschutzanwälten eingeführt werden, die in der Lage sind, Betreiber zu kontrollieren und die auch im Namen einer Gruppe von Betroffenen vorgehen können. Diese Datenschutzanwälte hätten dann auch das notwendige Übersichtswissen über die Zusammenhänge der Verarbeitungen einzelner Betreiber.

\* Die Gesetze müssen um geeignete Sanktionsbestimmungen mit einem hohen Strafraum ergänzt werden, sodaß die Einhaltung der Gesetze auch ökonomisch sinnvoll wird. Gegenwärtig ist zB in Österreich in vielen Fällen "Falschparken" wesentlich teurer, als eine Verletzung des Datenschutzgesetzes, die — wenn überhaupt — meist nur "abgemahnt" wird. Die verhängten Strafen sind lächerlich.

Obwohl die geplante EG-Richtlinie zu begrüßende Ziele enthält, dürfte bei den beschriebenen konzeptionellen Schwächen die tatsächliche Schutzwirkung gering sein. Ob die Diskussion in Brüssel ein Anstoß für eine Überarbeitung des österreichischen Datenschutzgesetzes darstellt, bleibt zweifelhaft. ●

### In der Psychiatrie zu Tode behandelt

**Klaus G. ist tot.**

**Am 14. März 1992 am Pavillon 13/3 im psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe verstorben.**

**13 Jahre lang war er im Netz der Psychiatrie gefangen. Jahrelang mußte er Zwangsbehandlungen über sich ergehen lassen — von Psychopharmaka über Fesselung, Gitterbett bis hin zum E-Schock.**

(Forum Antipsychiatrie-Betroffenenoffensive)

Die Psychiatrie zog ihre mörderischen Methoden bis zur letzten Konsequenz durch. Das gesamte Repertoire psychiatrischer Gewaltanwendung wurde ausprobiert. Ausprobiert im wahrsten Sinne des Wortes — ohne Konzept, ohne Rücksicht auf menschliches Empfinden und Leben. Zeigte ein Mittel keine Wirkung, kam das nächste an die Reihe. Jede Gefühlsregung wurde zu unterdrücken versucht.

Der Tod von Klaus kann nicht als Einzelschicksal gesehen werden. Psychiatrische Gewalt ist eine präzente Bedrohung — für alle, hier und jetzt ...

Ständig werden "PatientInnen" medikamentös ruiniert.

Schädigungen im Bereich des Zentralnervensystems, der geistigen Fähigkeiten, im Bereich des Bewegungsapparates und im Bereich des vegetativen Systems sind bekannt und werden als "Neben"wirkungen der Psychopharmaka verharmlost. Psychopharmakaeinwirkung verhindert von vornherein die Auseinandersetzung der Betroffenen mit sich selbst — verhindert somit lebensnotwendige Prozesse.

Psychiatrische Gewalt ist keinesfalls eine zielführende Heilbehandlung, sondern schafft nur seelische Wracks, für die zumeist geringe Chancen bestehen, aus den Anstalten wieder herauszukommen, d.h. Menschen geraten in permanente Abhängigkeit, werden hospitalisiert und nicht selten bis zu ihren Lebensende dort angehalten.

Ein ausführlicher Bericht über die Psychiatrie und ihre Methoden folgt (hoffentlich) in der nächsten Nummer.

Übrigens: Es wurden bereits zwei Strafanzeigen in Bezug auf Klaus' Tod bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen Unterlassung der notwendigen ärztlichen Sorgfalt eingebracht.

Das Forum Antipsychiatrie-Betroffenenoffensive trifft sich jeden Mittwoch, 19.30 Uhr in der Chuzpe (Wien 9, Marktgasse 21-23; 34 50 524)

Spendenkonto: PSK 7.204.751, Autonome Selbsthilfe; als Spendenzweck bitte Forum Antipsychiatrie angeben!

# Demaskieren wir 1992

## EXPOLizeiterror in Sevilla

### Fortsetzung von Seite 1

An die hundert Verletzte, an die hundert Verhaftete.... Was dem Spanischen Staat noch ins Welt-ausstellungs-bild paßte wurde blutig ausgemerzt. Unter den zahlreichen Verhafteten befindet sich auch der Wiener Peter R. der zusammen mit anderen TAT-blattlerInnen nach Sevilla gereist war. Lange Zeit war es unmöglich, mit Peter — ebenso mit den anderen Gefangenen — Kontakt aufzunehmen. Bezüglich Haftgrund, Haft-

prüfungstermine, Ausweisungs- oder Entlassungstermine gab es von den Behörden unentwegt nur widersprüchliche Falschinformationen und Hinhalteversuche.

Zusammen mit dem Medienzentrum der TU waren wir ständig in Kontakt mit dem El patio in Sevilla, von wo wir laufend Infos, Anrufe und Stellungnahmen bekamen, die wir im Folgenden chronologisch und auszugsweise wiedergeben möchten.

(Sevilla) - Vornweg: Wir sind Menschen aus verschiedenen Städten, aus der BRD und Österreich und aus unterschiedlichen Zusammenhängen. Dieser Bericht entsteht unter extremen Bedingungen, doch dazu später.

Vom 16. - 24. April 92 sollte in Sevilla ein internationales Solidaritätstreffen mit obigem Titel zu folgenden Themenkomplexen stattfinden: EXPO 92, 500 Jahre Kolonialisierung, Festung Europa, Nord-Süd-Konflikt.

Demaskiert werden sollte in der Folge allerdings noch viel mehr.

Kurz vor Beginn des Kongresses wurde uns bekannt, daß verschiedene geplante öffentlichkeitswirksame Aktionen von den Behörden verboten wurden: Zum einen die "Gegenlandung" (d. h. eine symbolische Landung der indigenen Bevölkerung Amerikas auf dem europäischen Kontinent 500 Jahre nach Kolumbus) und die begleitende Fahrraddemo. Zum anderen das internationale Camp und jegliche Demonstrationen im Zeitrahmen der Expo 92. Übrig blieb also programmgemäß die Möglichkeit, an Arbeitsgruppen, unterschiedlichen Vorträgen und der Ehrung von Bartolome de las Casas (einem Dominikanermönch, der sich auf der einen Seite für die Menschenwürde der indigenen Bevölkerung einsetzte, andererseits aber auch die Versklavung von Schwarzen befürwortete) teilzunehmen.

Als offensichtlich einzig machbare Alternative zum internationalen Campingplatz, 25 km von Sevilla entfernt, der rund um die Uhr von privaten Sicherheitskräften bewacht wurde. Bei diesem handelte es sich um ein riesig-dimensioniertes Projekt, das eigens angesichts der Expo aus dem Boden gestampft wurde (und sich überdies noch im Bau befand). Da unter diesen Bedingungen eine internationale Kommunikation und Diskussion unvorstellbar war, verließen die meisten Leute den Campingplatz sofort wieder und verteilten sich auf verschiedene Plätze, bzw. überlegten sich, wieder abzureisen.

Um den Kongreß zu retten, boten die VeranstalterInnen an, im "El patio" wohnen zu können. Das "Patio" ist ein Zentrum mit Büroräumen und Lokal, das von einem selbstverwalteten Kollektiv geleitet wird,

welches die Räume den verschiedenen Gruppen zur Verfügung stellt. Dadurch gibt es eine Verbindung zwischen dem Haus und den KongressorganisatorInnen.

In den ersten beiden Tagen stellte sich heraus, daß der Kongreß de facto nicht wie erwartet von einem breiten Organisationsbündnis getragen wurde, sondern im großen und ganzen von drei Gruppen (die Grünen Andalusiens, Vereinigte Linke, und die ökologisch-pazifistische Konföderation Andalusiens). Dementsprechend gering war auch die Beteiligung von SpanierInnen am Kongreß: von 90 TeilnehmerInnen waren ca. 70 aus anderen Ländern.

Bei den ersten Veranstaltungen zeigte sich, daß es statt Arbeitsgruppen frontale Vorträge gab und keinerlei Raum zur Diskussion. Kritik am Ablauf des Kongresses wurde von den OrganisatorInnen nicht aufgegriffen. Widersprüche in der politischen Herangehensweise wurden deutlich daran, daß zumindest ein Teil der VeranstalterInnen keinesfalls in Zusammenhang mit einer von Gruppen aus dem linksradikalen initiierten unangemeldeten Demonstration gebracht werden wollte.

Diese Demo nahm am 19. 4. am frühen Abend ihren Ausgang nach einem Konzert gegen die EXPO und die 500-Jahr-Feiern. Circa 350 Leute zogen parolenrufend durch die Innenstadt. Nach ca. 1 Stunde stimmungsvoller und kraftvoller Demo tauchte ein Streifenwagen am Ende des Demozugs auf, eine Person wurde von den Polizisten niedergefahren und anschließend verprügelt. Mit Autos und Mülltonnen wurde der Weg verbarrikiert, Panik kam auf, und die Menge zerstreute sich in verschiedene Richtungen, wobei der größere Teil in derselben Richtung davonlief. Durch fehlende Kommunikation wußten die vorderen DemonstrantInnen nichts über die Vorgänge hinten. Insgesamt fehlte eine Demo-Vorbereitung, die es uns ermöglicht hätte, die Situation vor Ort und das mögliche Verhalten der Polizei einzuschätzen.

Die durch ein quer gestelltes Auto am Weiterkommen gehinderten Bullen stiegen aus ihrem Wagen aus und verfolgten zu zweit, zu Fuß, mit gezogenen Pistolen und Schlagstöcken die Menge. Dann überstürzten sich die Ereignisse: von beiden Seiten wurden

Steine geworfen, dann begannen die Bullen zu schießen. Als erste wurde eine Passantin unterhalb des Schlüsselbeins getroffen, die gerade ein Cafe verließ. Zwei DemonstrantInnen wurden in die Oberschenkel geschossen, ein dritter in den Bauch. Von einem nun schon großen Polizeiaufgebot (mit Hubschraubern) wurde der Rest der Demo verfolgt, geprügelt und zum Teil schwer verletzt.

Gleichzeitig lief auch ein Einsatz von Spezialeinheiten in dem Stadtviertel, in dem sich das besetzte Haus und Szene-Bars befinden und auch das Konzert stattgefunden hat.



Dabei wurden Leute aus Bars herausgeholt und von der Straße aufgegriffen, an die Wand gestellt, durchsucht und Personalien festgestellt. Insgesamt gab es 37 Festnahmen und einige Verletzte.

Die Namen und Zahlen der Festgenommenen/Verletzten und ihre Unterbringung stellte sich erst nach Stunden heraus, weil jeglicher Kontakt zwischen Anwältin/uns und den festgenommenen/Verletzten unterbunden wurde, so war zum Beispiel das Krankenhaus von Polizei umstellt (später wurden z.T. BesucherInnen festgenommen). Erst am nächsten Tag gab es Informationen über die schlechte Behandlung der Verletzten in den Krankenhäusern, die angeschossene Frau z.B. lag nur mit Unterhose und Hemd bekleidet die

ganze Nacht am Gang und wurde von zwei Polizisten bewacht, die sie jedes Mal aufweckten, wenn sie eingeschlafen war.

Auf dem darauffolgenden Plenum schalteten sich wieder Vertreter der OrganisatorInnen des Kongresses ein und versuchten, den weiteren Ablauf zu bestimmen. Erst nach Stunden wurde Kritik daran geäußert, worauf sie sich zurückzogen. Über die weitere Vorgangsweise in den nächsten Tagen herrschten beim Plenum verschiedene Meinungen und Einschätzungen. Unter anderem wurde eine von den VertreterInnen der indigenas geplanten Aktion bei der EXPO-Eröffnung am darauffolgenden Tag (20. 4.) diskutiert, bei der die Eröffnungsrede des spanischen Königs unterbrochen werden sollte und sie selbst eine Erklärung verlesen wollten. Wir wurden gebeten, sie dabei außerhalb des EXPO-Gebäudes solidarisch zu unterstützen. Wie eine Verbindung der Unterstützung dieser Aktion mit einer Öffentlichkeitsarbeit zur Demo und Soliaktionen für die Gefangenen hergestellt werden konnte, wurde kontrovers diskutiert. Im Endeffekt blieb für uns für den nächsten Tag vieles unklar. Fix war lediglich der Treffpunkt um 12 Uhr vor dem EXPO-Eingang.

Die geplante Aktion der indigenas mißlang, weil sie trotz Eintrittskarten von den Sicherheitskräften wieder rausgeschmissen wurden. Als Alternative dazu fand ein Interview mit dem spanischen Fernsehen vor dem Eingang statt. Danach setzten sich einige Leute mit Plakaten mit Parolen zur Freilassung der Gefangenen und gegen die EXPO und 500-Jahr-Feiern vor den Eingang (ohne ihn zu blockieren). Nach ca. einer Viertelstunde tauchten die Spezialeinheiten der Polizei auf und fingen ohne Aufforderung, die Aktion zu beenden, sofort zu knüppeln an und die Leute brutal wegzuzerren. Gleichzeitig wurden nicht weit davon entfernt in einem Cafe Leute von Bullen aufgegriffen, zum Teil verprügelt und festgenommen. Im Umkreis des EXPO-Geländes wurden einzelne Personen aus der Menschenmenge herausgegriffen, egal, ob sie etwas mit der Aktion zu tun hatten, oder nicht. Diesmal gab es ca. 20 Festnahmen.

Die allgemeine Situation danach in der Stadt war gekennzeichnet durch ständige Gefahr, aufgegriffen zu werden und eine daraus resultierende ständige Anspannung. In der Nähe des "patio" konzentrierten sich am frühen Abend Bullen und Zivis, sodaß ein bevorstehender Angriff auf das Haus vermutet wurde. Die Situation entspannte sich erst im Laufe der Nacht. Das Stadtbild Sevillas zeichnet sich überaus durch eine extreme hohe Konzentration an Sicherheitskräften aus, die mit Polizeipanzern und kugelsicheren Westen und Maschinengewehren ausgerüstet Kreuzungen und Plätze kontrollieren.

Zur weiteren Organisierung bildeten sich vier Arbeitsgruppen zu den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit mit Medien, Parteien, usw. Kontakte zu Verletzten/Gefangenen, deren Familien und AnwältInnen, Organisierung von öffentlichen Aktionen (Hungerstreik,...) und Organisation des Alltags im Patio.

Ergebnisse der Haftprüfung, die für heute angesagt war, sind uns noch keine bekannt. Erfahren haben wir, daß Frauen berichtet haben, daß sie im Gefängnis geschlagen wurden, ein Anwalt, der zu den Gefangenen wollte, wurde von den Bullen in Polizeigriff genommen und gegen ein Auto geworfen. Die gewaltige Repression macht also auch vor den AnwältInnen keinen Halt, die die Sache nun keinesfalls als Einzelperson übernehmen wollen, sondern nur im Kollektiv (eine definitive Entscheidung steht noch aus), momentan übernimmt nur eine einzige Anwältin die Verteidigung. Ob DolmetscherInnen beigezogen werden ist noch unklar.

Wir schätzen es so ein, daß die Gefangenen aus Euskadi diejenigen sein werden, denen Körperverletzung an den Bullen vorgeworfen werden wird, und sie somit in Haft bleiben werden.

Wir mußten feststellen, daß wir die momentane politische Situation in Spanien besonders in der Province Sevilla völlig falsch eingeschätzt haben. Es wird hier versucht, jede Gegenöffentlichkeit zur EXPO zu verhindern, wobei wirklich jedes Mittel Recht ist, wie z.B. die Schüsse auf der Demo: So schreckten die Bullen auch heute (21. 4.) nicht davor zurück, den gesamten Campingplatz, auf dem wir ursprünglich untergebracht waren und auf den sich jetzt wieder einige Leute (v.a. jene aus Mittel- und Südamerika) zurückgezogen haben, zu räumen. Ca. 30 Festnahmen. Das nächste wird wohl das Patio sein.

## 22. April

Laut gestern und heute freigelassenen Leuten mußten die am Sonntag im Rahmen der Demo festgenommenen ca. 12 Stunden zur Perlustrierung an der Wand stehen. Im Kommissariat wurden die Leute entweder isoliert oder mit anderssprachigen in eine Zelle gesteckt um Kommunikation zu erschweren. Leute, die am Dienstag am Campingplatz in Mairena del Alcor verhaftet wurden, mußten Stundenlang in der prallen Sonne an der Wand stehen.

Am Dienstag abend wurden zehn SpanierInnen freigelassen (nach der Haftprüfung). Sieben SpanierInnen wurden ins Gefängnis überstellt (U-Haft Vorwurf: illegale Demo, Sachbeschädigung, Eigentumsverletzung, Verletzung von Menschen und Polizisten). In verschiedenen spanischen Städten gab es

Solidemos und Pressekonferenzen. In Italien Solidemos in Pisa, Padua und Venedig. Laut Information des Staatsanwaltes, soll auf AusländerInnen das AusländerInnen-gesetz angewandt werden. Staatsanwalt will Ausweisung.

Heute Mittwoch wurden AusländerInnen der Haftprüfung vorgeführt. Sie haben PflichtverteidigerInnen. 3 deutsche StaatsbürgerInnen und Peter wurden ins Gefängnis überstellt (U-Haft). Der Rest der am Sonntag (Demo) und Montag (EXPO-Eröffnung) verhafteten AusländerInnen wurde eigentlich freigelassen, jedoch sofort zur Ausländerpolizei überführt. Sie sollen anscheinend so schnell wie möglich abgeschoben werden. Laut spanischen RechtsanwältInnen ist das illegal. Sie haben interveniert. Leute aus Sevilla sprechen von einer neuen Dimension, wie mit AusländerInnen umgegangen wird. EuropäerInnen wurden bis jetzt meist schnell wieder freigelassen, vor allem auf Leute aus N-Afrika wurde Ausländergesetz angewandt. Nicht alle der am Sonntag und Montag Verhafteten verweigerten die Aussage. Die am Dienstag (Camping) Verhafteten sagten alle aus, daß sie nichts mit Aktionen zu tun haben wollen.

Als Druckmittel gegen Aussageverweigerung wird den Leuten gesagt, das wenn nur eine Person nicht aussagt, alle in Haft bleiben.

Mittwoch wurden in Madrid Leute beim Soli-Sprayen verhaftet.

Die Situation hier im "El Patio" ist schwierig, da große Interessenskonflikte und politische Meinungsverschiedenheiten auftraten. Die Grünen und andere Gruppen haben sich voll von uns distanziert. Die Organisation des "El Patio" leidet unter dem Druck der jetzt da ist.

## Situation in Sevilla

Repression fing schon massiv vor über 3 Jahren an. Die meisten Widerstandsstrukturen wurden zerschlagen. Leute und Wohnungen wurden überwacht.

Die Preise stiegen um 200-300 % bei gleichbleibendem Lohnniveau. Massive Umstrukturierung, jetzt noch ist sehr viel in Bau; im Zentrum werden Häuser renoviert.

In einer Vorstadt Sevillas gibt es ein Stadtviertel, in dem hauptsächlich Roma & Sinti wohnen. Vor ca. 3 Jahren wurde begonnen eine Mauer um das Viertel zu bauen - angeblich aus Lärmschutzgründen. Jetzt ist das Viertel vollständig von der Mauer umgeben. Die Repression hat hier insgesamt eine andere Dimension als in Österreich. Mensch fühlt sich auf der Straße unsicher und eingeschüchtert. Wir gehen nicht mehr alleine auf die Straße und setzen immer Zeitpunkte fest, an denen wir zurück sind.

## 23. April

Die spanischen Zeitungen verbreiten ständig Falschmeldungen (kennen wir doch). Ein besetztes Haus in Granada soll geräumt worden sein - nach Angaben von Leuten aus Granada stimmt das nicht.

Die Bullen machen totalen Druck. Ein Typ, der in Venezuela geboren wurde, aber sein ganzes Leben in Spanien verbracht hat, sollte abgeschoben werden. Das konnte gerade noch verhindert werden.

Leute, die freigelassen wurden (SpanierInnen) berichten über schwere Mißhandlungen und rassistische Ausschreitungen gegen die ausländischen Gefangenen durch die Bullen. Nicht nur bei der Verhaftung wurden die Leute geschlagen, auch im Häfn. Eine deutsche Dolmetscherin, die mit einigen Gefangenen gesprochen hat erzählte von blauen Augen, Schlagstockverletzungen am ganzen Körper etc.

Nach der Demo am Sonntag wurden in der Umgebung dort einige Bars von maskierten und bewaffneten Bullen gestürmt, Leute festgenommen oder perlustriert. Die Alameda (Prachtstraße Sevillas) wurde 2 Tage lang von Bullen mit MP's kontrolliert (Panzerwagen sind sowieso an der Tagesordnung. Die neue Weltordnung und die EG lassen grüßen!). Geheimbullen schleichen sich immer wieder bei unseren Plena ein.

Die deutschen Gefangenen (+ einige Leute aus Lateinamerika, die mit einem Bus aus Köln kamen) sollen angeblich Freitag mit Bullenbussen zur Spanisch-französischen Grenze gebracht werden. Was mit dem zweiten Österreicher (der in Bielefeld lebt), der Italienerin, der Norwegerin, dem Schweden passiert, ist nicht klar.

Heute (Do) abend um 19 Uhr ist ein Treffen von linken Gruppen in Sevilla, wo beraten werden soll, ob und wie sie uns unterstützen könnten.

## 24. April

U-Haft: Es sind und bleiben drei Deutsche (Birgit aus Wuppertal, Thomas aus Paderborn, Susanne aus Frankfurt) und ein Österreicher (Peter) und sieben SpanierInnen in U-Haft.

Die Anwältin, die auch die SpanierInnen vertritt, besucht heute die beiden Deutschen. Sie besorgt auch Anwalt für die Männer, Besuch wahrscheinlich erst morgen möglich. Es wird noch versucht, heute einen Anwalt zu den Männern zu schicken.

Ein Untersuchungsrichter hat bei dem Verhör der SpanierInnen erwähnt, daß nach der "Feria" (Festwoche in Sevilla, ab Montag, wo dann - ähnlich wie bei uns im Karneval, alles stillsteht) möglicherweise noch mal ein neuer Haftprüfungstermin oder etwas ähnliches stattfinden soll (evtl. am 4.5.) Möglich das dies auch für Deutsche gilt und einige oder alle abgeschoben werden. Die gegenteilige Info kommt vom deutschen Konsulat. Danach muß damit gerechnet werden, daß die Gefangenen Wochen, wenn nicht Monate festgehalten werden.

Haftbedingungen: Bezeugt wurde von SpanierInnen, die nach 2 Hafttagen freikamen, daß Gefangene 3 Stunden lang mit erhobenen Händen an der Wand stehen mußten. Wer einen Finger rührte, wurde geschlagen, Männer heftiger als Frauen. Wärter marschierten hinter den Leuten hin und her und beschimpften die Leute. Andere sprechen von "Spießbrutenlaufen". Essen ist sauschlecht, Wasser wird nur gelegentlich gewährt, wie ein "Gnadenbrot". (Diese Situation gilt wahrscheinlich nicht für alle Gefangenen und nicht für die Leute vom Campingplatz. Dies habe (für die Camping-

platzleute) der Chef der Ausländerpolizei gegenüber dem deutschen Konsul versichert, was natürlich nichts heißt. Der Konsul hat offiziell gegen die Haftbedingungen protestiert und wiederholt den Protest heute erneut. (So sagt er jedenfalls) Gestern haben Leute versucht, den Gefangenen Sachen zu bringen (Kleidung, Essen, Wasser etc.), wurden jedoch nicht vorgelassen.

Ein Skandal: eine Frau wollte mexikanischem Journalisten Sachen bringen. Der Knastwärter sagte, sie werde nur vorgelassen, wenn sie ihm "einen Kuß gibt". Sie ließ sich sogar noch darauf ein, kam aber nur vor die Zellen, mußte die Sachen abgeben, hat keinen Gefangenen gesehen, weiß nicht ob sie wirklich dort saßen, wurde auch beim Rückweg weiter belästigt. Heute nachmittag fahren einige mit der Vizekonsulin erneut die Knäste ab mit allen Sachen (Kleidung, Essen etc.)

Ein Gefangener soll Epileptiker sein, unklar ist, ob er seine Medizin hat, die er braucht. Es handelt sich um Peter R aus Österreich.

Ergänzung zu den Männern im Knast:

Hat drei männliche Gefangene gesehen heute morgen. Thomas (BRD, Soziologe), Peter (Österreich) und einer aus Sevilla (Alfonso, Sevilla). Alle drei sehen sehr schlecht aus, sind mißhandelt worden, durch Schläge, Thomas hat dickes, angeschwollenes Auge und er geht davon aus, daß dies nicht im Knast passierte, sondern bei der Festnahme bzw. beim Transport in den Knast. Alle haben Prellungen an den Armen, auf Schultern und Rücken, sichtbare Schlagspu-

ren am Oberkörper. Peter und Thomas sind in einer Zelle, alle in einem Trakt. Alle sind sehr beunruhigt, können sich natürlich nicht verständlich (der Deutsche und der Österreicher können nicht spanisch, d. Red.) machen.

Der Knast ist Sevilla I (siehe Adressenliste).

Anklagepunkte: illegale Demo, Aggression gegen die Staatsgewalt (letzteres ist das Schlimmste/Hauptanklagepunkt).

## 24. April

DemoteilnehmerInnen vom Sonntag: Alle Verhafteten geschlagen, waren bei Polizia Nazionale vier Stunden lang mit erhobenen Händen, wenn Hände runtergenommen wurden sie geschlagen; wurden systematisch eingeschüchtert und diskriminiert, wurden Terroristen genannt, Frauen extrem beleidigt.

Es gab kein Wasser auf Verlangen, eine Frau, die Wasser verlangte, wurde von einem Polizisten gesagt, sie könne ihm den Schwanz lecken; Vegetarier bekamen nur Brot und Wasser; 4 Leuten wurden unter dem Vorwand nach Blutspuren zu suchen die Schuhe und Kleider abgenommen; eine Person mußte bei Entlassung ohne Schuhe heraus; die Gefangenen wurden nach Nationalitäten gemischt, um die Kommunikation zu unterbinden; eine Frau mit Schußverletzung am Fuß wurde mit Handschellen am Bett gefesselt und bei Einschlafversuchen immer wieder geweckt; eine Frau, die selbst mit dem Taxi ins Spital wegen einer Schußwunde fuhr, wurde im Krankenhaus festgenommen und war dann Gefangene dort, durfte während zweier Tage keinen Besuch erhalten, es wurde ihr untersagt, mit Verwandten zu sprechen.

Montagsverhaftungen:

Die Leute, die bei dem Sitzstreik neben dem EXPO-Eingang festgenommen worden sind, wurden alle geschlagen, die Frauen wieder beleidigt, das filmen und Zusehen bei der Verhaftung wurde durch die Umstellung mit Polizeibussen verhindert.

Allgemein:

In den Gefängnissen gibt es zu wenig Betten und Matratzen, 2 x täglich kann man trinken und aufs WC, niemand durfte telefonieren obwohl dies rechtlich verankert ist; LateinamerikanerInnen wurden nach der Freilassung als sie schon ihre Entlassungspapiere in Händen hatten von zwei Polizisten geschlagen - sie werden ausgewiesen;

Kleinere Skandale werden erst zusammengestellt und faxen wir euch später; noch etwas über die Schlagstöcke der Polizei: die sind sehr lang und das Ende des Schlagstocks hinterläßt keine Spuren.

Eine Italienerin wurde in einer Bar mit so einem Schlagstock von Polizisten geschlagen, es wurde ihr gesagt, sie sei auch dabei gewesen, sie wurde in den Bauch geschlagen, an den Haaren gerissen, ist zusammengesunken und wurde danach liegengelassen.

## Samstag, 25.4.92

Peter hat es in U-Haft jetzt besser als in Polizeihaft, er wird jetzt nicht mehr geschlagen.

Peter hatte Konsularin (Österr.) als Dolmetscherin (zum Teil ungünstig, weil diese sehr konservativ ist), Peter nicht verstehen kann und ihm gleich am Ynfang eine Moralpredigt hielt.

Peter wurde in einer Straße festgenommen und gibt an, nicht bei der Demo gewesen zu sein; heute hat Peter erstes Lebenszeichen von anderen bekommen und daß diese etwas tun und sich sehr gefreut. Dienstag eventuell Besuchmöglich, Besuchstage: Dienstag und Freitag

Morgen werden die Frauen besucht.

Martin K. hat Berufung gegen die Abschiebung eingelegt und wurde daraufhin nicht abgeschoben, er wird wahrscheinlich weitere 8 Tage inhaftiert sein, weil die Bearbeitung einige Tage dauert. Er ist nicht in U-Haft. Peter ist gemeinsam mit einem Deutschen in der Zelle. Wir versuchen eine Sozialarbeiterin aufzustellen.

In der Nacht wurde eine Straße, in der sich einige Lokale befinden (auch Yuppie-Schuppen) ein Bullen-Großeinsatz durchgeführt. Die Leute hatten 20 Minuten vorher nur 2 Bullenwagen, die durch die Straßen fuhren, ausgepiffen. Schwerebewaffnetes Bulleneinsatzkommando fuhr auf, riegelte die Straße ab, prügelte Leute auf der Straße, in den Bars, setzte Reizgas ein. Dabei nahmen sie eine bis jetzt unbestätigte Zahl von Leuten fest (vier bis fünf Personen), die sich zur Zeit (26.4.92) immer noch in Polizeigewahrsam befinden. Der Anwalt wurde noch nicht reingelassen. Vorwurf: Bullen angegriffen und beschimpft zu haben!

## Montag, 27.4.92

In Saarbrücken und Trier wurden heute Büros von LUXAIR (bietet Billigflüge zur EXPO an) besetzt.

Heute sind eine Schweizerin und eine Chilenin in die Schweiz abgeschoben worden. Morgen werden eine Norwegerin und ein Schwede und 2 Mexikaner per Flugzeug abgeschoben.

Letzte Infos über die 42 von Spanien Abgeschobenen

Alle Verhafteten wurden bei ihrem Eintritt in das Kommissariat durch ein Polizeispalier getrieben und geprügelt,



### Schreibt den Gefangenen Briefe, Telegramme,...

Sevilla 1, Prison Provincial, Calle Mariano Benlliure Nr. 1, 41005 Sevilla:

- # Peter Rodinger (Vienna)
- # Thomas Schrödter (Paderborn)
- # Alfonso Lara Garai (Sevilla)
- # Augustin Toranzo (Sevilla); Vielleicht nach Sevilla 2 verlegt!

Sevilla 2, Prison Provincial, Carretera de Mairena del Alcor S/N, 41005 Sevilla:

- # Susanne Bender (Frankfurt)
- # Birgit Lösch (Wuppertal)
- # Iban Iglesias (Bilbao)
- # Carlos Calvet (Barcelona)
- # Pablo Harillo (Ronda)
- # Eduardo Canal (Barcelona)
- # Asier Terencio Valverde (Azpatia)

**Solkonto: P.S.K. 7547 212**

**(Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)**

**Verwendungszweck: Sevilla**

### Verschaffen wir uns Gehör!

Durch Telefonanrufe bringen wir die Botschaften dazu, unsere Proteste an die Ämter in Spanien weiterzuleiten. Ruft mehrmals am Tag an. Ihr blockiert damit auch bei den staatlichen Ämtern und Gesellschaften die Leitungen. Bei jedem Postamt kann mensch auch Protest-Telegramme und -Faxe übermitteln.

Lassen wir die Botschaften nicht ruhen, bis die Inhaftierten freigelassen werden, und sie dann selbst entscheiden können, wann sie Spanien verlassen wollen (keine Abschiebung!).

Spanisches Fremdenverkehrsamt  
Rotenturmstr. 27, A-1010 Wien  
Tel.: 533 14 25 oder 535 31 91

Spanische Botschaft  
Argentinierstr. 34, 1040 Wien  
Tel.: 505 57 88 - 0

Spanische Botschaft - Handelsabteilung  
Stubenring 16, 1010 Wien  
Tel.: 513 39 33 - 0 oder 513 39 34 - 0  
Fax: 513 81 47

Iberia Lineas Aereas de Espana

Opernring 11, 1010 Wien  
Tel.: 56 76 36 (Reservierung), 56 76 39 (Flugschalter), 56 61 80 (Direktion), 56 93 94 (Verkauf), 587 27 05 oder 587 27 06 (Verwaltung)  
Fax: 56 76 30

KzL. Konsulat. Botschafter  
Theresianumg. 21, 1040 Wien  
Tel.: 505 57 88 - 0

Österreichische Botschaft Madrid  
Tel.: 0034/1/5565/315 (oder 304, 504, 605)

Als ihre Rechte verlesen wurden, gab es keine Übersetzungen. Von allen Festgenommenen haben 17 niemals einen Richter gesehen. Der Rest der Leute wurde nach dem richterlichen Bescheid der Beleidigung des Königs bezichtigt und nachher ohne Anklage freigesprochen. Sie wurden aber dennoch neuerdings zum Kommissariat hingebacht. Als sie dort ankamen, im Glauben, sich in Freiheit zu befinden, zeigten sie ihre Freude, sangen - und wurden wieder geschlagen.

Zu den Bedingungen, denen sie eine Woche im Kommissariat ausgesetzt waren :

Jeweils 3 Personen in Zellen von 1,70 x 1,60m. Während der ganzen Woche gab es kein warmes Essen, täglich nur 2 Bocadillos (Weckerl mit was drin, Anm.) und eine Flasche Wasser. Die Festgenommenen konnten sich nicht waschen, es gab nicht einmal Klopapier.

Sie waren ständigen Drohungen und Belästigungen ausgesetzt, den Frauen wurden sogar mit Vergewaltigung gedroht. Einmal, als jemand nach Feuer fragte, hielt ein Polizist mit klaren Anzeichen von Betrunktheit die Pistole auf sie gerichtet und fragte, wer den nun Feuer wolle.

Während der Woche wurden sie ständig von einer Polizeistation zu einer anderen gebracht (von den Kommissariaten Blas Infante zu Gavadia und viceversa). Das passierte in kleinen Polizeiwägen (1 x 1,50m, 1,50 m Höhe, 6-8 Sitze). Darin wurden 12-14 Personen transportiert.

Einer der Festgenommenen berichtete, daß bei einem Transport mit 19 Personen eine Stunde lang auf freiem Feld in praller Sonne angehalten wurde und er bei der Ankunft in der Polizeistation mit kaltem Wasser reanimiert werden mußte.

In den frühen Morgenstunden der Nacht von Fr, 24.4. auf Sa, 25.4. weckten Polizisten die Leute mit Schreien auf und verlangten von ihnen, ein Dokument zu unterschreiben, in dem sie ihre Teilnahme an einer illegalen und gewalttätigen Demonstration bestätigen sollten. Dafür gab es keine Übersetzung. Alle

weigerten sich, zu unterschreiben außer einer Person, die infolge ihres körperlichen und psychischen Schwächezustandes einwilligte, zu unterzeichnen.

Bei dem Schriftstück handelte es sich um den Verzicht auf Rechtsmittel gegen die betreffenden Ausweisungsver-

fahren. Als Druckmittel wurde vorgegeben, daß, falls sie nicht unterschreiben, das AusländerInnengesetz gestatte, sie bis zu 40 Tagen festzuhalten, während das Ausweisungsverfahren läuft.

Unter den Festgenommenen war auch eine Person, deren Nichtteilnahme an der Demonstration klar bewiesen war, da sie ein Zugticket besaß, dessen Ankunftsdatum in Sevilla sich auf die Zeit nach den Geschehnissen belief.

Samstag morgens um 7 Uhr wurden sie aufgeweckt mit der Mitteilung, daß sie entlassen werden würden.

Sowohl das Konsulat, als auch das deutsche Außenministerium versicherten, daß die Leute, die mit dem Autobus ankamen, auch in diesem abreisen werden. Trotzdem waren, als dieser Autobus mit den restlichen, in Freiheit gebliebenen Leuten zum Kommissariat fuhr, 36 der festgenommenen Personen schon um 12.30 h entlassen worden. Sie befanden sich in 2 Polizeibussen, die von 4 Polizeiwägen mit Sirenen und Blaulicht eskortiert wurden. Nach einer 24-stündigen Fahrt kamen sie an die französische Grenze. Die Busse hatten keine Belüftung und die Gucklöcher waren nicht zu öffnen. In jedem Autobus waren 12 Zellen, worin sich jeweils 2 Personen befanden. In den 24 Stunden bekamen sie nur 2 Bocadillos und eine Flasche Wasser. Der Bus hielt nur 2 x an, damit die Leute aufs Klo konnten. Zu Mittag wurde die Heizung eingeschaltet, ab 2 oder 3 Uhr morgens Musik auf volle Lautstärke gedreht. Es waren ständig mit Pistolen und Tränengas ausgestattete Polizisten anwesend, die sich bedrohlich gebärdeten und ihnen mitteilten, daß sie nach ihrer Ankunft an der französischen Grenze unter den gleichen Bedingungen von der französischen Polizei bewacht werden würden, was nicht stimmte, da sie bei der Ankunft an der Grenze freigelassen wurden. In Perpignan wies ihnen das deutsche Konsulat ein Hotel zu, für die Auslagen sollten die Leute selbst aufkommen. Infolge des gesamten Spannungszustandes wollten 16 Personen sofort die Heimfahrt antreten, die anderen 20 warteten in Perpignan auf den Autobus mit den Leuten, die in Freiheit geblieben waren und setzten dann mit ihnen die Reise fort.

Vorraussichtlich sind sie heute abend, Mo 27.4.92, zwischen 21 h und 23 h angekommen.

Karl Rassel, Journalist des "Rheinischen Journalistenbüros", hat sich heute

morgen mit dem deutschen Außenministerium in Verbindung gesetzt, das behauptet, keine Information über die Mißhandlungen und Übertretungen zu haben. Die Ausweisung, sowie die Form der Durchführung wäre korrekt, da es sich ja um eine illegale Demonstration gehandelt hatte.

Die 6 restlichen Festgenommenen warten auf dem Kommissariat auf ihre Abschiebung, die zwischen Montag nachmittag (27.4.) und Dienstag früh (28.4.) passieren soll.

Die gesamte Information wurde von dem deutschen Journalisten Karl Rassel weitergegeben, der heute morgen (Mo 27.4.) von Lyon einen Anruf von einer der betroffenen Personen erhielt.

### Mittwoch, 29.4.92

Es wurden 2 Leute aus Sevilla vorübergehend festgenommen; sie hatten Flugis mit Spendenaufrufen für die Gefangenen mit sich, die ihnen abgenommen wurden. Nach 3 Stunden wurden sie freigelassen (sie kamen ganz "zufällig" in eine Bullenkontrolle).

Heute haben wir Peter R. besucht. Es geht ihm den Umständen entsprechend gut, er ist leicht verkühlt. Kann mit anderen zusammenkommen (im Hof), kann sich relativ frei bewegen. Gestern war der Rechtsanwalt bei ihnen, hat nicht viel gesagt, es war leider keine Dolmetscherin dabei.

### Donnerstag, 30.4.92

Es wurde ein Fahrzeug von den Bullen mit Maschinenpistolen beschossen; das Auto soll ein gestohlenes gewesen sein. Die Bullen eröffneten ohne Vorwarnung das Feuer auf das Auto. Die Frau kam unverletzt davon, der Typ wurde von 3 oder 4 Kugeln getroffen (wahrscheinlich in den Bauch); er liegt im Spital.

### Freitag, 1.5.92

Die zwei 1. Mai-Demos liefen ohne Zwischenfälle ab.

Ulysses, der Typ, den ein Bulle bei der Demo in den Bauch schoss, geht es schon ganz gut. •

**CON LA EXPO  
VAMOS DE CULO!**

(MIT DER EXPO GEMMA IN 'OARSCH)

# FPÖ: Rassistisch, Deutschnational, Ausländerfeindlich

## Materialien zur Freiheitlichen Partei Österreichs

(einige Antifas)

Durch die Wahlerfolge der FPÖ regieren und bestimmen einige PolitikerInnen uns, die gute Kontakte zu rechtsextremen Parteien, Vereinen haben bzw. diese unterstützen. Wir möchten sie hier "vorstellen". Dieser Artikel entstand nach dem Akin Artikel "die rechten Räte", der viele Facts zu Tage brachte und leider auch einige Fehler hatte. Besonders unterstützend wirkte auch das Buch die "FPÖ im rechten Licht" sowie andere Artikel in versch. Medien.

Was wir noch einmal sagen wollen ist, daß wir hier vor allem von FPÖ-PolitikerInnen schreiben, die eine öffentliche Funktion innehaben. Betrachtet mensch die FPÖ-internen Funktion, zeichnet sich ein viel schärferes Bild, wie die Zitate von Mölzer etc. belegen.

Anfangen möchten wir mit dem FP Stadtrat und FP Sicherheitssprecher HILMAR KABAS, der anscheinend ein intimer Kenner der heimischen Anarchoszene ist. So bestätigte er einige Tage vor der Antiobernballdemo 92 dem Kurier gegenüber, daß die "heimische Szene" Kontakte zu "Krawallmachern aus dem Ausland" pflegt. Er selbst pflegt Kontakte anderer Art; so gab er z.B. der Zeitschrift FAKTEN ein Interview. FAKTEN wird von der Partei "kritischer Demokraten" herausgegeben. Vorsitzender dieser Partei ist Horst Jakob Rosenkranz, ein ehemaliges NDP (nationaldemokratische Partei) Mitglied. 1989 war er einer der Spitzenkandidaten der Liste "Nein zur Ausländerflut" für deren Umfeld er noch immer sehr aktiv ist. So lud er immer wieder im Rahmen der Bürgerinitiative "Nein zur Ausländerflut" zu verschiedenen Veranstaltungen, wo mensch auch schon mal den VAPO Führer Küssel treffen konnte. (Das kann ja jetzt wohl nicht mehr passieren!) Weiters ist H.J. Rosenkranz Herausgeber verschiedener rassistischer Aufkleber, die immer wieder auftauchen. Auf diesen Klebern steht auch seine Privatadresse.

Nun zum Gespräch des Hilmar Kabas mit den FAKTEN:

"Fakten: Es war für uns heimatbewußte Wiener eine große Erleichterung, daß die FPÖ in diesem Wahlkampf ohne Wenn und Aber einen unverzüglichen Einwanderungsstopp gefordert hat. Wäre es aber nicht auch notwendig, eine konsequente Abschiebung aller straffällig gewordenen Einwanderer durchzusetzen?"

H.Kabas: Davon sind wir leider weit entfernt. Ganz im Gegenteil haben die Herrn

Vranitzky und Busek verlangt, daß straffällig gewordene Ausländer nicht ausgegrenzt werden dürfen und auch die Möglichkeit haben sollen, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben."



Und auch eine Einschätzung der FPÖ findet sich in den "Fakten": "Die Bürgerinitiative 'Nein zur Ausländerflut' hat geackert und das Feld bestellt, die Freiheitlichen haben geerntet. Wir müssen nun dafür sorgen, daß dieser Sieg für eine Partei auch ein Sieg für unser Volk wird."

Weiters wollen wir den nunmehr ehemaligen Bezirksrat DIETMAR SULZBERGER aus Simmering (11. Wiener Gemeindebezirk) erwähnen. "Ehemaliger" deswegen, da er seinen "Hut" nahm und auf seinen Bezirksratsposten verzichtete, als seine "rechte" Vergangenheit öffentlich wurde. Sulzberger war 3. Landessprecher der 1988 behördlich verboten NDP-NÖ, Mitglied im Komitee zur Verbreitung der Gedichte von Gerd Honsik, seines Zeichens Oberrechtsextremistenführer, Halt-Herausgeber, Auschwitzleugner, ..... Die Gedichte von Honsik sind größtenteils antisemitisch. Weiters ist er der Kassier der "Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde" des Dr. HERBERT FRITZ. Dr. Fritz war 1990 auch einer der Spitzenkandidaten der "Liste Nein zur Ausländerflut" weiters war er Mitglied der 1980 behördlich aufgelösten "Kameradschaft Babenberg" und der NDP, er ist auch für die Nationalzeitung des DVU-Vorsitzenden Frey als Österreichkorrespondent tätig. Herr Sulzberger befindet sich auf der im Wiener angedruckten Verteilerliste Küssels.

Der FPÖ Bezirksobmann aus Wien III (Landstraße) WIHLHELM Gardovsky wurde bei der Julfeier, am 21.12.91 in Hübners Kursalon, zu der Gerd Honsik einlud, von diesem besonders als "unser Kamerad Willi aus dem dritten Bezirk" begrüßt und Gardovsky applaudierte auch heftig bei Gerd Honsiks Rede. Bei dieser Julfeier, die übrigens von AntifaschistInnen gestört wer-

den konnte, war auch der ex-VGÖ (Vereinigte Grüne Österreichs) Nationalratskandidat Günter Rehak als Gast Honsiks anwesend.

Der Josefstädter (8. Bezirk) FPÖ-Bezirksrat Ing. WALTER SUCHER widerum, Vorsitzender des "Ringes der Volkstreuen Verbände" veröffentlichte in der Zeitschrift "Die Kameradschaft" (Nr. 7/8 1985) folgende Resolution:

"Am 23. Mai 1945 wurde die Deutsche Reichsregierung von den Siegermächten gegen herrschendes Völkerrecht gefangen gesetzt. ... Der Ring der Volkstreuen Verbände fordert, daß die deutsche Jugend in den drei deutschen Staaten durch Erziehung und Schule wieder zu geschichts- und volksbewußten Deutschen erzogen wird. Wenn die Deutschen schon historisch gezwungen sind in verschiedenen Staaten zu leben, dann muß wenigstens das gemeinsame Erbe ... erhalten bleiben."

1979 lies er den NDP-Vorsitzenden Dr. Norbert Burger anlässlich dessen 50. Geburtstags Glückwünsche zukommen. 1987 trat er bei der AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) als Referent auf. Die AFP ist ein ideologisch-kultureller Verband mit wichtiger integrativer Funktion im rechtsextremen Lager sowie Verbindungsstelle zu ausländischen Rechtsextremisten. Publikationen: Wiener Beobachter, Kommentare zum Zeitgeschehen. Neben ANR (Aktion Neue Rechte) und NDP-Funktionären trat auch der in Holland in Abwesenheit wegen seiner Kriegsverbrechen

zum Tode verurteilte Robert Verbelen (inzwischen verstorben) häufig als Referent der AFP auf. Die AFP unterhielt auch sehr gute Kontakte zu der, von der Polizei Anfang 92 zer Schlagenen Wehrsportgruppe Trenck. So wurde der Wehrsportgruppe das AFP-Heim im 16.

Bezirk (Ottakring), unter anderen auch für Schießübungen in den Kellerräumen, zur Verfügung gestellt.

Der Favoritner (10. Wiener Bezirk) Bezirksrat und Landtagsabgeordneter Dr. EDUARD SCHOCK war ehemaliges Vorstandsmitglied des "Vereins der Freunde Kärntens". Aus den Statuten des Vereins: "Zweck des Vereins: Der 'Verein der Freunde Kärntens' strebt die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Volksgruppen in Kärnten an sowie die Stärkung eines bodenständigen Heimatbewuß-

**WIR WOLLEN KEINE  
VERBOTSGESETZE  
SONDERN FREIE  
MEINUNGSÄUSSERUNG !**



KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN - Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) - Medienratgeber (Verleger): A. Wort, 1080 Wien, Webgasse 11/9b. Verlags- und Herstellungsort: Wien - Halten Sie uns bei der Verbreitung dieses Klebers! Wir senden Ihnen gerne weitere Exemplare sowie Probenummern der KOMMENTARE kostenlos zu!

seins. Er unterstützt alle der Erhaltung des Volkstums dienenden Bestrebungen."

Die Kärntner Zweigorganisation wird geführt von Ing. Franz Stourac (Ex-NDP Mitglied), seit 1988 wurde aus organisatorischen und vereinsrechtlichen Gründen die Kärntner Organisation in "Verein Grenzland ruft" unbenannt. Publikation: "Das Grenzland ruft". Stourac wurde im April 1989 wegen Verhetzung (Leugnung des Holocaust) zu ÖS 50.000,- Geldstrafe verurteilt.

Mag. ELMAR DIRNBERGER, Mitglied der FP-Landesparteierteilung sowie FP-Bezirksrat im 14. Wiener Gemeindebezirk unterstützte 1977 die Aktion Neue Rechte (ANR) bei den ÖH Wahlen. Die ANR wurde vom Verfassungsgerichtshof als kleine studentische, bis vor wenigen Jahren überaus aktive militant rechtsextreme Organisation die paramilitärische Übungen veranstaltete, beschrieben. Führer der ANR war Dr. BRUNO HAAS.

Dirnberger zu Heide Schmidt, die den extrem rechten burgenländischen FP-Aktivistin Dürr kritisiert hatte: "Ich würde mir wünschen, daß Frau Dr. Schmidt einmal mit gleicher Konsequenz gegen den politischen Gegner zu Felde zieht, mit der sie verdiente Parteifreunde zu disqualifizieren versucht"

Der "verdiente Parteifreund" ROBERT DÜRR ist seit 1983 Gemeinderat im burgenländischen Nickelsdorf. Der "Parteifreund" war bis 1985 Mitarbeiter der von WALTER OCHENSBERGER herausgegebenen Zeitung SIEG. Ochensberger wurde aufgrund des Inhaltes seiner Zeitung Ende November 1991, wegen Wiederbetätigung nach einigen vorangegangenen Prozessen verurteilt. 1990 referierte Dürr bei einer Veranstaltung der AFP. Weiters gab er der Zeitschrift FAKTEN ein Interview. Als Dürres rechtsextreme Aktivitäten öffentlich bekannt wurden, stellte sich JÖRG HAIDER lange Zeit hinter Dürr. "Der Dürr ist nach wie vor mein persönlicher Freund" das sagte Haider im ORF Mittagjournal, 1.4.1987. Herr Dürr befindet sich ebenfalls auf der im Wiener abgedruckten Verteilerliste Küssels.

Vom Burgenland zurück nach Wien; dort gehört der Wiener Gemeinderat und Bezirksrat im 11. Gemeindebezirk (Simmering) GERHARD ZEIHSEL dem ÖTB (Österreichischen Turnerbund) seit 1990 nunmehr als stellvertretender Wiener Gauobmann an. Der ÖTB ist mit ca. 75.000 Mitgliedern eine der Massenorganisationen des äußerst rechten Lagers. Das Landesge-

richt Wien stellte fest, daß das Vereinsblatt, die "Bundesturnerzeitung", eine "neofaschistische Schreibweise" hat. Der ÖTB unterhält unter anderen auch gute Kontakte zur AFP.

Berühmter Turnbruder: Jörg Haider.

Beim ÖTB war auch der Wiener Ge-

Buchautor tätig, so schrieb er in seinem Buch "Schicksalswende 1989":

"Ende 1932 trat Saturn in das Wassermannzeichen. Ein revolutionärer Schwung ging durch die deutschen Länder, um am 10.1933 wurde Adolf Hitler mit der Bildung der deutschen Regierung betraut. Sonne, Saturn und Merkur standen im Wassermannzeichen. ... Es ist genügend bekannt, daß es der deutschen Reichsregierung gelang, innerhalb kürzester Zeit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. ... Es war eine große soziale Revolution! ... Und während im Deutschen Reich die Wirtschaft florierte und die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigt werden konnte, als der neue Staat bei der großen Olympiade 1936 seine neue Kraft mit vielen Hoffnungen auf eine schönere Zukunft zeigen konnte. ...

Die als astrologische Verirrung getarnte Gesinnung Fidelsbergers bezeichnete die Volksstimme schon 1982 als "reaktionärfaschistisch" und bezichtigte ihn einer "tausendjähriger Vergangenheit". Fidelsberger klagte - die Volksstimme trat den Wahrheitsbeweis an und gewann! Als Kostprobe noch ein Zitat aus einem früheren Buch "Sterne & Schicksal": "Kein Denkmal aus Stein kündigt von seiner (Hitler) Existenz, keine Straße trägt seinen Namen. Noch nicht ...! Aber Fidelsberger ist nicht nur als Sternedeuter aktiv. Als praktizierender Medizinalrat unterhält er eine Praxis im 9. Bezirk, an einer Wiener Schule war er jahrelang Schularzt (dabei ließ er keine Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen); schließlich sei noch erwähnt, daß er auch unter dem Pseudonym "Dr. Hillmann" Autor von sogenannten "Ärztlichen Ratgebern" ist, die klarerweise derselben Ideologie anhängen. Eine ganz andere Seite Fidelsbergers zeigt sich bei seinem letzten Prozeß: siehe Ausschnitt aus Wiener Zeitung 13.3.1992.

Von Wien nun nach Oberösterreich, genauer gesagt nach Linz. Denn dort sitzt seit 1991 GÜNTER GRASSER im Gemeinderat. Grasser war Mitglied des Komitees "Waffenstudenten für Dr. Burger", welches den NDP-Führer bei dessen Präsidentschaftskandidatur 1980 unterstützte.

1991 kandidierte auch der ehemalige Linzer Hitler-Jugend Führer und von 1978 bis 1983 Bundesobmann des ÖTB ERICH SLUPLETZKY für den Linzer Gemeinderat. Der Posten als Gemeinderat blieb ihm aber verwehrt. Sein Name findet sich in der Verteilerliste Küssels.

Im Niederösterreichischen Perchtoldsdorf findet sich der FP Gemeinderat

EKG-Gerät kam angeblich aus dem Müll: Arzt verurteilt

**Sterne für Doktor F. ungünstig**

Im Wiener Landesgericht ging Donnerstag der Strafprozeß gegen Obermedizinalrat Dr. Heinz Fidelsberger (71) und dessen Patienten Zivorad Nikolic (35) - wir berichteten bereits - zu Ende. Die Staatsanwaltschaft hatte beiden Hehlerei mit einem EKG-Monitor (Wert: 35.000 Schilling) vorgeworfen. Richterin Klothilde Eckbrecht verurteilte den Arzt, der auch als Astrologe auftritt, im Sinne der Anklage zu einer Geldstrafe von 60.000 Schilling (200 Tagessätze à 300 Schilling), bei Nichteinbringung 100 Tage Ersatzfreiheitsstrafe. Der Jugoslawe erhielt wegen schweren Diebstahls eine Geldstrafe von 7.000 Schilling. Beide erhoben volle Berufung.

Nachmals die Vorgeschichte: Der jugoslawische Gastarbeiter Nikolic - er ist in einem Betrieb nahe des Spitals beschäftigt - will im Spätsommer 1991 im Müll des Wiener AKH jenes ominöse Päckchen gefunden haben, das sich später als EKG-Monitor entpuppte. Er lagerte den vermeintlichen Fernsehapparat einige Monate zu Hause im Kleiderschrank.

Im Herbst wandte sich Nikolic schließlich an seinen Hausarzt. Fidelsberger nahm das Gerät an sich. "Das war doch aus dem Abfallcontainer, ich habe keineswegs daran gedacht, daß irgendetwas faul sein könnte", so die ursprüngliche Verteidigung des Mediziners.

Das Gerät war zu diesem Zeitpunkt voll funktionsfähig, samt Zubehör und einer

umfassenden Gebrauchsanleitung. Außerdem war es mit einem Pickel mit der Aufschrift „MA 10“ versehen. Davon wollte der praktische Arzt nichts bemerkt haben. Über den Techniker von Fidelsbergers Ordination wanderte das Gerät schließlich an die Herstellerfirma. Und diese schlug Alarm.

Ungeklärt blieb allerdings, wer das kleine weiße Päckchen (Zitat Fidelsberger, Ann. d. Red.) dem AKH gestohlen und zu den angrenzenden Müllcontainern gebracht hat. Staatsanwalt Herbert Zamostny und auch die Vorsitzende gingen hier von der Figur des „großen Unbekannten“ aus. Nikolic hatte fortwährend von einem Fund gesprochen, den er seinem Arzt zum Geschenk gemacht habe. In dem er den Monitor zu sich

nahm, habe Nikolic seine Dienstvorschrift gebrochen, stellte die Richterin fest. Wertgegenstände stünden im Obereigenschaftsamt des Dienstgebers, somit könne nicht von einem Fund gesprochen werden. "Den Arzt genähm und einseitigfreudig zu halten", sei das "Päckchen" weitergegeben worden. Und Fidelsberger griff zu.

In diesem Punkt liege seitens des Arztes mehr als nur Fahrlässigkeit vor, so Eckbrecht: "Es ist zumindest mit bedingt bösem Vorsatz agiert worden, das Gerät sollte eventuell in der eigenen Ordination eingesetzt werden." Fidelsberger hatte bis zuletzt um einen Freispruch gekämpft. In einem plädoyerähnlichem Schlusswort unterstrich er: "Ich bin ein unbescholtener Arzt. Ich arbeite seit 43 Jahren und bin nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen."

Und weiter: "Ich bin eine angesehenene Persönlichkeit im In- und Ausland. Ich habe Verträge mit allen Kassen. Ein Drittel meiner Klienten besteht aus Jugoslawen, die großes Vertrauen zu mir haben." Eckbrecht schien nicht sonderlich beeindruckt, wartete geduldig den Schluß der Rede ab, ehe sie begann, Vernehmungen die Urteile im Namen der Republik ...

meinderat Mag. HELMUT KOWARIK als Bundesjugendwart tätig. Bei der AFP referierte er 1981. Weiters ist er Vorstandsmitglied des "Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes und der "Österreichischen Landsmannschaft-Schutzverein nach dem deutschen Schulverein", in deren Publikation "Eckartbote" Sulzberger inseriert.

Der Allgemeine Deutsche Kulturverband ist eine kulturpolitische Organisation mit dem erklärten Ziel der "Bewahrung vor der Entdeuschung" Österreichs.

Die Österreichische Landsmannschaft (ÖLM) ist eine wichtige und einflußreiche ideologisch-kulturelle Dachorganisation des deutschnationalen und rechtsextremen Lagers. Herr Kowarik befindet sich auf der im Wiener abgedruckten Verteilerliste Küssels.

Ebenfalls Mitglied des Vorstandes des "Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes" ist die Floridsdorfer (21. Wiener Bezirk) Bezirksrätin BARBARA SCHÖPFNAGEL, die auch regelmäßig in der Zeitschrift "Der Völkerfreund", der Zeitschrift der "Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde" des Dr. Fritz inseriert.

Im 9. Wiener Gemeindebezirk (Alsergrund) ist Dr. HEINZ FIDELBERGER als FP-Frsatzmandatar tätig. Er ist auch als



Fortsetzung von voriger Seite:

Dkfm. EDWIN RAMBOSSEK. Dieser war 1988 bei einem Kameradschaftstreffen der "Kameradschaft Prinz Eugen" anzutreffen. Der Vorsitzende dieser Kameradschaft ist Hofrat Dr. OTTO ROSSKOPF, der 1992 die Mobilisierung der "Deutsch-Österreicher" zum DVU Treffen nach Passau wie auch schon mal den Ehrenschatz für eine Lesung Honsiks übernahm. Herr Rambossek findet sich auch in der im Wiener abgedrucktem Verteilerliste Küssels.

Für die niederösterreichische FPÖ sitzt ALOIS PREIZLER im Landtag. Preizler teilte in einem Interview den LeserInnen des "Völkerfreunds" mit, daß in Traiskirchen "die Mitbürger von Ausländerhorden terrorisiert" würden. 1989 nahm er an einem Julfest der Kameradschaft IV teil; jener Kameradschaft, der die Welsler Bevölkerung die SS Gedenktafel verdankt. Wir fragen uns, warum es diese Tafel noch immer gibt, wo es doch jetzt sogar in Wels einen PiratInnensender gibt!?

Die Kameradschaft IV ist ein Traditionsverband der Waffen-SS und wurde vom Nürnberger Gerichtshof zu einer verbrecherischen Organisation erklärt. Ihr werden militant rechtsextremer Geist und Schwergewicht auf Pflege von Tradition und "Geschichtsbewußtsein" zugeschrieben.

Die ex-VGÖ Politikerin ILSE HANS sitzt für die FPÖ im Niederösterreichischen Landtag als Abgeordnete. Sie trat in den Jahren 1988, 1989 und 1990 als Referentin über Umweltfragen bei der AFP auf. Weiters gab sie der Zeitung "Völkerfreund" ein Interview. Hans zeigte stets wenig Verständnis für Kritik, die ihr die AFP-Referate einbrachten denn: "Da waren ja andere FPÖler auch schon dort" (profil 43/88)

Der Wiener Neustädter Gemeinderat WOLFGANG HABERL schrieb gleich selbst für den "Völkerfreund" über die Folgen des "Diktates von Saint Germain". Haberl war es auch, der dem jungen FPÖ Parteimitglied PATRIK POHLER die Schlüssel für das Wiener Neustädter FP-Parteiokal gab, wo dieser mit seinen Kameraden der "Sturmtruppe Ost" Aufkleber mit folgenden Text herstellte: "Österreich war Deutsch, ist Deutsch und bleibt Deutsch". Haberl selbst konnte nach der Verhaftung der "Sturmtruppler" nicht sagen ob die Kleber neonazistisches Gedankengut transportieren.

Die Aufzählung ist sicher unvollständig - d.h. eine Fortsetzung folgt auf jeden Fall.

Quellen: Buch: Im rechten Licht; Profil: 43/88, 39/90, 49/90, 5/92; Wochenpresse 1/92; Akin 1/92, 6/92; Der Standard: 18.11.91, 24.1.92; Kurier 23.2.92, Volksstimme /82; Buch: Rechtsextremismus in Ö. nach 1945, Wiener/ Mai 1992.

## FPÖ-Landesparteitag gestört

(Zwei AntifaschistInnen)

Am 4. April '92 fand in Perg/OÖ der oberösterreichische Landesparteitag der FPÖ statt. Von einer örtlichen Antifagruppe wurde zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Etwa 30 AntifaschistInnen sammelten sich früh morgens um 8.00 Uhr am Perger Hauptplatz.

Ausgerüstet mit Transparenten, Pfeiferln und vor allem mit viel guter Laune und Entschlossenheit, begaben wir uns zur Bezirkssporthalle, wo der Landesparteitag stattfand. An die Orientierungspfeile hielten wir uns im Gegensatz zu einigen FP'lerInnen, die noch Stunden nach Veranstaltungsbeginn in Perg herumkurvten, nicht. Zum großen Erstaunen der schon anwesenden FP'lerInnen und der Nicht-Anwesenden Bullen blockierten wir kurzerhand lautstark die Zufahrtstraße. Den FP'lerInnen war das Erstaunen über unsere Anwesenheit sichtlich ins Gesicht geschrieben. Unsere Aufforderung "Geht's doch was arbeiten!" beantworteten sie mit offenen Mündern. Nach etwa 15 Minuten ließen sich zwei ortsansässige Kiwara blicken, die uns erfolglos davon überzeugen wollten, daß dies nicht der angemeldete Kundgebungs-ort sei. Nach einer weitem halben Stunde, in der wir blockierten, schockierten und skandierten zogen wir es vor, unsere Kundgebung an den angemeldeten Ort, dem Per-

ger Hauptplatz zu verlegen, wo den ganzen Tag über mittels Videos, Schauwänden und Infomaterial zur FPÖ und Rechtsextremismus versucht wurde, Öffentlichkeit zu schaffen.

Unsere Vorgehensweise war so angelegt, daß wir zwar den Handlungsspielraum der uns von den Bullen vorgegeben wurde voll ausnützten, doch eine Eskalation (mit der Polizei) nicht für sinnvoll hielten. Das dafür entscheidende Kriterium war die Zahl der TeilnehmerInnen. Für uns stellte sich die Situation der Blockade in der Früh so dar: Ab dem Zeitpunkt wo klar war, daß die Bullen Verstärkung anfordern würden und bereit waren, die Kundgebung aufzulösen oder Verhaftungen vorzunehmen (das war nach etwa einer 3/4 Stunde), entschlossen wir uns die Blockade zu beenden.

Positiv ist noch zu erwähnen, daß die örtlichen AntifaschistInnen die gesamte organisatorische Arbeit leisteten. Viel Liebe + Kraft an die Antifas aus Perg und Umgebung !!!

Wir sehen diese Aktion als gelungenen Auftakt einer noch weiter zu entwickelnden Antifaschistischen Praxis die auch über die Großstädte hinausgeht.

**STOPPT DIE RECHTEN!  
KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN !!!**

### FRAUENGEFÄNGNIS SCHWARZAU: inhaftierte Polin von sieben Beamten/innen körperlich schwer misshandelt Keine Konsequenzen für die TäterInnen! Opfer zu 5 Monaten verurteilt!

(Arbeitskreis Schwarzaus)

Am 9.8.1991 soll bei Grazyna Sezczeniak (derzeit eine Strafe von 5 Jahren in der STVA Schwarzaus "verbüßend") im sog. Dienstzimmer (Aufenthaltsraum der Justizwache) eine Körpervisitation durchgeführt werden, da vermutet wird, daß sie Briefe einer anderen Inhaftierten Frau bei sich trägt. Es sind fünf Justizwachebeamten (JWBs) anwesend. Grazyna S. weigert sich die Briefe an die anwesenden JWBs herauszugeben und erklärt, diese nur an den Anstaltsleiter bzw. seine Vertreterin auszuhandeln, da dies eine Privatsache sei. Daraufhin wurden als Verstärkung 2 männliche JWBs gerufen, welche Grazyna S. an den Armen hielten, eine weibliche JWB riß an ihren Haaren. Grazyna S. versuchte sich zu wehren. In der Folge wurden ihr Jogginghose und Unterhose zerrissen, um an die Briefe zu gelangen (inzwischen war noch ein dritter männlicher JWB eingetroffen). Nachdem sie sich der Briefe bemächtigt hatten, versuchten sie Grazyna S. in die "Korrektion" (Totalisolation) zu schleppen, was auch gelang, nachdem sie vorher zusammengeschlagen wurde. Sie erlitt dabei folgende Verletzungen: "Haematom am linken Auge, mehrere Haematome am rechten Bein, mehrere Haematome am linken und rechten Oberarm, Haematom/oder Laesion unterhalb des Kniegelenks, ca. 3 Tage alt." Diesen Befund erstellte der Anstaltsarzt der STVA Schwarzaus am 13.8.1991. Die prügelnden JWBs liefen gleich am nächsten Tag zum Arzt, um "Schmerzen im kleinen Fingergelenk" oder "Schmerzen im Hüftbereich" anzuzeigen. In der Folge wurden seitens der Anstaltsleitung Grazyna S. bei der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt angezeigt, die am 28.8.1991 gegen sie Anklage wegen "schwerer Körperverletzung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" erhob.

Obwohl Grazyna S. am 9.8.1991 sofort verlangt, einem Arzt vorgeführt zu werden, erfolgte dies erst am 13.8.1991. Dieser Tatbestand wurde auch von ihr bei der Gerichtsverhandlung am 22.11.1991 vorgebracht und von den Zeuginnen bestätigt. Weiters waren ihre Verletzungen dem Gericht und der Staatsanwaltschaft bekannt, da das Untersuchungsblatt des Anstaltsarztes dem Gericht übersandt wurde und Frau Grazyna S. auch bei ihrer Einvernahme als Beschuldigte darauf hinwies. Obwohl sie Anzeige gegen ihre Peiniger und Peinigerinnen erstattet hatte, wurden keine Schritte gegen die TäterInnen eingeleitet, auch nicht dahingehend, daß ihr einige Tage verweigert wurde, einem Arzt vorgeführt zu werden.

**Fraudemo zum Frauenhäftn Schwarzaus  
Freitag — 8. Mai gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in der Schwarzaus!**

**Treffpunkt: 17 Uhr FZ, 1090 Wien Währing-erstr. 59 (im WUK)**

Wir haben einen Anwalt organisiert, der aber Geld kostet. Wir bitten daher um Spenden auf folgendes Konto: AK Schwarzaus CA — 6062-03 87898 Bankleitzahl: 11000

Linzer

### FPÖ Wahlveranstaltung gestört

(TATblatt)

Am 24.4. wurden bei einer Kundgebung zu einer Wahlveranstaltung der freiheitlichen Präsidentschaftskandidatin Heide Schmidt 8 Linzer Antifas verhaftet.

Die Polizei zeichnete sich wiederum durch besonders brutales Verhalten aus, so wurden wahllos Leute aus der Demo herausgegriffen und in die Arrestwagen gezerrt. 6 Antifas kamen sofort nach dem Ende der FP-Kundgebung wieder frei, weitere 2 am nächsten Tag mittags. Ihnen wird von der Polizei Körperverletzung und Widerstand (eigentlich wie immer bei "solchen" Sachen) angelastet.



# Antifa-Meldungen

## Franz Radl zu 15 Monaten (5 davon unbeding) verurteilt.

Am 8.4. wurde der (Ex) Herausgeber der rechtsextremen SchülerInnenzeitung GÄCK in Graz wegen Verstoßes gegen das Wiederbetätigungsgesetz verurteilt.

Der 25 jährige aus Fürstenfeld (Stm.) stammende Jusstudent Radl, übrigens ein



Franz Radl

Mitglied der einschlägig bekannten Wiener Burschenschaft Teutonia, wurde Ende September 91 verhaftet und angeklagt, als er in Graz neben Honsiks Zeitung HALT, Flugblätter verteilte, in denen die nationalsozialistischen Gaskammern als "miserable Attrappen" bezeichnet wurden. Dieses Flugblatt wurde auch in Walter Ochensbergers Zeitung SIEG abgedruckt.

Radl ist wohl einer der aktivsten Faschisten in Österreich, sein Name taucht immer wieder im Impressum rassistischer Flugblättern auf, so geschehen vor einigen Monaten in Linz, er war auch einer der Spitzenkandidaten der "Liste Nein zu Ausländerflut" und schreibt auch gerne für Honsiks HALT. Kontakte unterhält er auch zu Küssels VAPO. Diese marschierte, samt Führer auch im Oktober zusammen mit Honsik und Kameraden vor dem Grazer Landesgericht auf, wo Radl kurze Zeit in U-Haft saß, um für die Freilassung Radls zu demonstrieren. Bei dieser Demo wurde nach Auseinandersetzungen mit der Polizei, der rechtsextreme Kärntner Lehrer Otto Schatzmayer verhaftet.

Verteidigt wurde Radl von Dr. Herbert Schaller, der ständig Beweise für den NS Massenmord in Gaskammern verlangte, KZ Häftlinge aber nicht als Zeugen akzeptierte.

## Die Geheimdatei des Führers Küssel

So betitelt die Zeitschrift "Wiener" in seiner Mai Ausgabe jenen Artikel, in welchen sämtliche Namen jener ÖsterreicherInnen abgedruckt wurden, die sich in der Verteilerliste Küssels befinden. Neben bekannten VAPO, NDP, AFP, ANR ... Akti-

vistInnen finden sich auch die Namen einiger FPÖ PolitikerInnen.

In der Liste finden sich aber auch viele Namen von Leuten die der rechten Szene schon lange den Rücken gekehrt haben bzw. schon verstorben (leider?) sind! Aber dennoch findet mensch häufig Namen bekannter aktiver Rechtsradikaler.

Wem dem "Wiener" die Liste zukommen ließ wird im Artikel nicht erwähnt, doch wird bestätigt das es sich um jene Datei handelt, die von der Polizei in Küssels Wohnung bei seiner Verhaftung beschlagnahmt wurde.

Neben Klaus Peter Kopanski befindet sich nun auch Hans Jörg Schimanek jr. wieder auf freiem Fuß. Schimanek jr. wurde am 16.4. aus dem Landesgerichtshof entlassen. Schimanek jr., VAPO Ausbilder aus Langenlois, wurde am 26.1. ebenfalls auf Grund des von Tele 5 ausgestrahlten Bericht über die VAPO Wehrsportübung wegen Verstoßes gegen das Wiederbetätigungsgesetz verhaftet.

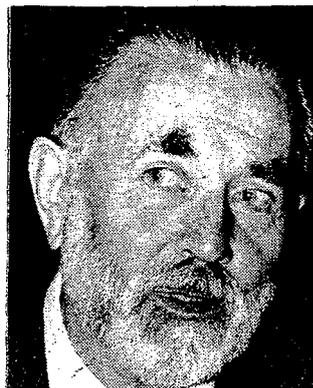
Der Vater von H.J. Schimanek jr., der ORF Argumente-Redakteur Schimanek ist nach der Verhaftung seines Sohnes von seinen Langenloiser Stadtratposten zurückgetreten. Beim ORF ist immer noch. In einem Falter-Interview antwortete er angesprochen auf die "Aktivitäten" seines Sohnes "besser als wenn er Rauschgift pimmt".

Küssel ist nun der letzte Faschist der sich z.Z. hinter Gittern befindet.

## Das Kontaktnetz Kühnens

(TAZ/Interim/einige Autonome)

Das Notizbuch des am 25. April letzten Jahres an den Folgen der Immunschwäche AIDS verstorbenen deutschen Neonazi-Führers Michael Kühnens und der Verteiler der Kühnen-Zeitung "W-Neue Front" ergeben zusammen mit der MitgliederInnenliste der faschistischen deutschen Partei "Deutschen Alternative (DA)" einen Einblick über das weltweit verstreute Kontaktnetz Kühnens. Neben zahlreichen Adressen aus aller Welt, so etwa die der rechtsextremen spanischen CECADE und der NSDAP-AO in Lincoln/Nebraska (USA) finden sich auch einige österreichische. So auch die eines Mitarbeiters der Kärntner Nachrichten, einer FPÖ bzw. ihr sehr nahestehenden Zeitung - Jürgen Hatzenbichler. Über den Herrn



Friedrich Rebbandl

Hatzenbichler kann mensch im Buch "Im rechten Licht-Ermittlungen in Sachen Haider FPÖ" folgendes nachlesen (Seite 70): "Neu in die Redaktion der Kärntner Nachrichten aufgenommen wird kurz darauf Jürgen Hatzenbichler, der die Einwanderung von Ausländern als "nationalen Selbstmord" bezeichnet (Kärntner Nachrichten, 20.12.1990). 1985/1986 war Hatzenbichler stellvertretender Führer der Neonazigruppe "Nationale Front" in Kärnten, verbreitet die Zeitungen "Sieg" und "Halt" und nimmt an Wehrsportübungen der Nationalen Front teil. Neben seiner Tätigkeit für die Kärntner Nachrichten ist Hatzenbichler auch Redaktionsmitglied der nationalistischen deutschen Zeitung "Junge Freiheit" (Herausgeber: Unitas Germanica)"

Weiters finden sich noch folgende Namen und Adressen aus Österreich:

Roman Polak, 1210 Wien  
Gerhard Endress, 1100 Wien  
Küssel Gottfried, 1180 Wien  
Otto Rudolf Brauner, 3500 Krems  
Gerald Platzer, 8401 Karlsdorf  
Erich Fuchs, 3540 Voehl-Ederbh.  
Günter Reinhaller, 5020 Salzburg  
Franz Probst, 8561 Söding  
Siegfried Freibisch, Postfach, 3650 Pöggstall  
Postfach 47, 4046 Linz  
Leopold Schuster, 2380 Perchtoldsdorf  
Monika Ringwirth, 1200 Wien

Einige der Adressen haben sich zum Teil als nicht mehr aktuell (Stand März 1991) herausgestellt!

Das TATblatt sowie die SchreiberInnen dieses Artikels weisen entschieden darauf hin, daß wir den oben aufgezählten Personen keinesfalls Rechtsextremismus unterstellen oder gar das sie Bekannte, SympathisantInnen oder FreundInnen des Neonaziführers waren - sie stehen bloß auf seinen Adresslisten.

Fast alle Namen findet mensch auch in der im "Wiener" abgedruckten Verteilerliste Küssels.

## Verurteilung nach dem Verbotsgesetz gegen den 71 jährigen Herausgeber des "Volkstreuen" Fritz Rebbandl in Salzburg.

"Ich glaube einfach nicht, daß es diese Massenvernichtungen gegeben hat. Das ist unmöglich in dem Sinn, in dem man es schildert hat. Wenn man die Ju-

Fortsetzung von voriger Seite:

den, die man doch aus ganz Europa zusammenholte, wirklich umbringen hätte wollen, dann hätte man sie gleich ins Meer schmeißen können und hätte keine Scherereien gehabt. Einen Juden brauchte man in Auschwitz nicht unbedingt zum Vergasen, höchstens zum Arbeiten. So unwirtschaftlich waren die damals auch nicht."

Diese schrecklichen Sätze gab Rebhandl zu Beginn seines Prozeßes am 1.4., bei dem auch der ex niedersächsische FAP Kreisvorsitzende Karl Polacek anwesend war, von sich. Polacek wohnt jetzt übrigens bei der Familie Rebhandl in Schalchen (OÖ).

Rebhandl war ehemaliger Waffen-SS-Freiwilliger, später Landessprecher der NDP-Salzburg und 1990 der Salzburger Spitzenkandidat der "Liste Nein zur Ausländerflut".

Der Staatsanwalt warf Rebhandl neben der Leugnung der österreichischen Nation usw. vor allem die Verneinung der nationalsozialistischen Vernichtungslagern und Massenmordes an den Juden. Am 24. April, nach 3 wöchiger Verhandlungspause wurde Rebhandl zu 1 Jahr bedingt auf 3 Jahre von den Geschworenen verurteilt.

Die Verteidigung übernahm (natürlich?) Dr. Herbert Schaller der wiederum Beweise für NS-Gaskammern verlangte, denn bis jetzt sind "die sind nicht mit wissenschaftlichen Beweisen belegt".



## Von einer Antifa-Demo in Ilmenau und vom Vermummungsverbot

(Autonome Antifa Göttingen)

Am 4. April diesen Jahres demonstrieren im südthüringischen Ilmenau ca. 600 Menschen gegen den ständig wachsenden Nazi-Terror. Mobilisiert zu dieser Demo hatte die Autonome Antifa Südthüringen.

Den Menschen in Ilmenau sollte gezeigt werden, daß es auch eine starke antifaschistische Kraft in Südthüringen gibt, die den Nazis etwas entgegensetzt. Die uns geschilderte Situation stellte sich so dar, daß es derzeit nicht mehr möglich ist, sich sicher in Ilmenau zu bewegen; jederzeit kann mit einem Überfall von Nazis gerechnet werden, so daß sich mittlerweile sogar einst überzeugte PazifistInnen bewaffnen, wenn sie ihr Haus verlassen.

Die Faschisten ließen verlautbaren, sie würden eine große Gegendemo zu gleicher

Zeit am gleichen Ort organisieren. Schätzungen der Antifas aus Ilmenau beliefen sich auf etwa je 300 Leute für beide Demos. Einer Konfrontation mit den Faschisten würden sie auf keinen Fall aus dem Wege gehen. Über das voraussichtliche Verhalten der Polizei war nichts zu erfahren.

Für uns war klar, daß wir die Leute in Ilmenau auf ihrer Demo unterstützen werden und führen hin. Dort war dann von Nazis nichts zu sehen; es hieß, die Polizei würde die Nazis an die angemeldete Antifa-Demo nicht heran kommen lassen. Dafür reagierte das Neue Forum um so panischer, hielt um 13 Uhr, also eine Stunde vor der Demo ein Friedensgebet ab und warnte alle Menschen davor auf die Demo zu gehen.

Schon im vorhinein wurde Hetze von

## Dr. Herbert Schaller

Wir schicken euch einige Infos zu dem "Anwalt der heimischen Neonaziszene" Dr. Herbert Schaller, der durch sein Verhalten bei Prozessen gegen "Holocaustleugnern" immer wieder die Ehre aller Ermordeten und Verfolgten des NS Regimes, durch seine "Beweisführung" bzw. seinen Aussagen auf einen menschenverachtende Weise beschmutzt. Er nutzt seine Position als Anwalt ziemlich aus, um auch wie seine Mandanten den NS Holocaust zu leugnen, denn einen Anwalt kann gerichtlich kein Vorwurf gemacht werden, wenn er in Ausübung seines Berufes und in Wahrung berechtigter Interessen seines Klienten handelt. Dr. Schaller unterhält seine Kanzlei übrigens in Traiskirchen.

(einige Antifas)

Ein Anwalt der sich "in einmaliger Weise mit seinen Mandanten identifiziert" so der Salzburger Staatsanwalt am Ende des Prozesses gegen Rebhandl.

Während des 2. Weltkrieges war er Generalstabsleutnant von Generalfeldmarschall Paulus in Stalingrad. 1945 wurde er von der KPÖ angeworben und hatte in Krems eine Anwaltskanzlei. In Krems unterhielt Dr. Schaller auch Kontakte zu einem Herrn Pawlik, einen ehemaligen zu Tode verurteilten NS-Kriegsverbrecher. Dieser Pawlik wurde 1947 begnadigt und 1948 mit Hilfe der KPÖ aus dem Gefängnis geholt. Die KPÖ machte danach Pawlik zum Chef der KPÖ-nahen Organisation "Nationale Liga". Dr. Schaller avancierte rasch zum KP Parteianwalt und als die "Nationale Liga" an Bedeutung verlor, arbeitete er in einer KP internen Arbeitsgruppe, die den Namen "Arbeitsgruppe für Rechtsentwicklung" trug. Die Arbeitsgruppe war für die Beurteilung der Entwicklung des Neonazismus in Österreich zuständig.

Dr. Schaller verteidigte 1965 in Graz den Südtirolterroristen Peter Kienesberger bei dem sogenannten Porzi-Scharen Prozeß. Im Rahmen dieser Verteidigung soll Dr.

Schaller ziemlich deutschnationale Töne angeschlagen haben. Kienesberger ist übrigens eine sehr aktive Person in der deutschen rechtsextremen Szene. Dr. Schaller wurde 1967 oder 1968 aus der KPÖ ausgeschlossen.

Und seither hat er sich mehr oder weniger spezialisiert auf Verteidigung des österreichischen neonazistischen Spektrums, wie etwa den Sieg-Herausgeber Walter Ochensberger oder Gerd Honsik.

Dr. Schaller taucht auch wiederholt als Redner bei Veranstaltungen der deutschen rechtsextremen Partei Nationalistische Front (NF) auf (zuletzt im März 1991), die unter anderem auch ein Postfach in Klosterneuburg unterhält. Die NZ ist eine Naziartei, die in der Ideologie des Strasserflügels der NSDAP steht. Das heißt, ein Flügel der 1934 liquidiert worden war und mehr oder weniger mit der SA entmachtet wurden. Eine ihrer Hauptparolen "keine nationale Befreiung ohne soziale Revolution und keine soziale Revolution ohne nationale Revolution"●

Dr. Schaller



Dr. Herbert Schaller

allen Seiten verbreitet. "Linke Chaoten" wären "prügelgeil" hieß es, mensch solle von der Demo fernbleiben. Es sollte anders kommen: 600 Menschen ließen sich nicht beirren und demonstrierten über zwei Stunden.

Die Antifa-Demo sollte durch ein lockeres Spalier begleitet werden. Wir wollten auf jeden Fall maskiert und behelmt gehen. Eine Forderung der VeranstalterInnen war es, keine Schäden während der Demo anzurichten, was wir selbstverständlich akzeptierten. Vermummung und Behelmung erfüllt für uns eine schützende Funktion und soll unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Militanz dokumentieren. Und dieses Recht wollten wir trotz staatlichen Verbots für uns in Anspruch nehmen. Wir unterbreiteten dem Einsatzleiter der Polizei unsere Argu-

mente, wiesen ihn darauf hin, daß ein Vorgehen gegen Maskierung die Situation unnötig eskalieren würde. Er wies darauf hin, daß wir eine Straftat begingen, wir entgegeneten, daß wüßten wir, meinten aber, daß ja auch anders mit diesen Dingen umgegangen werden könne.

Die Demo hat uns Spaß gemacht, wir haben noch eine Rede gehalten und ansonsten die Aufbruchstimmung in der Ex-DDR genossen.

Die Nazis waren mit etwa 100 Leuten nach Ilmenau gekommen, also weniger als erwartet. Sie wurden nach unseren Informationen von der Polizei von der Demo ferngehalten und hielten sich in einem anderen Stadtteil auf. Nach der Demo kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Faschisten.

### IST VERMUMMUNG BALD STRAFFREI ?

Unter dieser Überschrift erschien am 27.

März 1992 ein Artikel im Göttinger Tageblatt, in dem sich der SPD Landtagsabgeordnete Thomas Oppermann für die Aufhebung der Maskierung als Strafbestand einsetzt, schließlich sei "das Vermum-

desratinitiative des Landes Rheinland-Pfalz geben, die Vermummung nicht mehr per Strafverfahren sondern als Ordnungswidrigkeit zu ahnden."

Das Vermummungsverbot ist ein Polizeistaatgesetz und muß daher weg. Seit Inkrafttreten des Vermummungsverbots am 1. Juni 1989 wurde immer wieder versucht, Vermummung auf Demos durchzusetzen und dies auch begründet. Zuletzt auf der Silvesterdemo 1991/92 in Göttingen, wo, wie angekündigt, maskiert und behelmt demonstriert wurde, ohne daß eine Scheibe zu Bruch ging. In diesem Falle wollten wir das so. Die Polizei hielt sich zurück. Unter anderem vor diesem konkreten Hintergrund ist der Oppermann'sche Einwurf zu sehen.

**WEG MIT DEM VERMUMMUNGSVERBOT!**

**DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND ORGANISIEREN!**

**ZUSAMMEN KÄMPFEN!**



Lautsprecherwagen in der Demo in Ilmenau am 4. April 1992

mungsverbot ein strafrechtlicher Flop". "Von den insgesamt 186 Verfahren in Niedersachsen mündete kein einziges in einen Prozeß". "Möglicherweise wird es eine Bun-

## 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand in den USA

(Mumia Abu-Jamal/Ides)

Mit dem Herannahen des Jahres 1992, wenden sich die Gedanken der Tatsache zu, daß seit der Spanischen Eroberung und der Europäischen "Entdeckung" von dem, was dann die "Neue Welt" genannt wurde 500 Jahre vergangen sind.

Je nach Perspektive ist der Oktober 1992 als verspätete Reaktion auf die verwirrte Ankunft von Admiral Christoph Kolumbus - oder wie es die Spanier lieber hören: Christobal Colon, entweder Grund zum Feiern oder Grund zur Verurteilung.

Sein kolossaler Navigationsirrtum führte dazu, daß die rothäutigen BewohnerInnen "Indianer" genannt wurden, ein Fehler, der auf seine feste Überzeugung zurückging, in Indien gelandet zu sein. In ersten Beschreibungen seiner Landung wird bewundernd von der warmen und herzlichen Begegnung mit den dunklen Bewohnern geschrieben, die die Europäer, wie Kolumbus es selber ausdrückte: "Mit großer Freundschaft uns gegenüber" empfingen. Sie waren "Liebenswerte Menschen ohne Heimlichkeiten," die "große Freude zeigten und so ganz und gar unsere Freunde wurden, daß es wie ein Wunder zu sehen war."

Leider konnte für die Christen nicht daselbe gesagt werden, die nicht nur die kleinen Inseln, sondern auch den Löwenanteil des Festlandes für sich in Anspruch nahmen, und denen, nachdem sie dort Sklaverei eingeführt und Leiden und Tod weit verbreitet hatten, das so von ihnen begehrte Land gestohlen wurde.

Von den "Indianern" die Kolumbus trafen, die in Wahrheit die Arawaks hießen, gibt es keine Nachkommen mehr.

Innerhalb einer Generation wurde der

Stamm durch europäische Sklaverei, Völkermord und Krankheiten ausgerottet.

Nicht genug, den Kolonialisten reichte es nicht, den UreinwohnerInnen das Land zu nehmen, sie raubten die Menschen eines anderen Landes, entfachten einen Schwarzen-Holocaust, der Millionen von AfrikanerInnen über den gefürchteten Weg der Mitte in einen Alptraum der Entmenschlichung, Kulturraub, Sklaverei und Tod brachte.

Zentral in dieser Epoche des historischen Verbrechens war der Gebrauch und die weltweite Manifestierung des Rassismus, mit dem dieses Blutbad gerechtfertigt wurde. Ein früher britischer Verteidiger des europäischen Diebstahles des Roten Landes war Pamphleteschreiber Robert Gray, 1609 schrieb;

"Obwohl der Herr die Erde den Kindern von Menschen gab, wird der größere Teil von ihr mit wilden Bestien, kindlichen Kreaturen oder brutalen Wilden besessen oder fälschlich beherrscht, die wegen ihrer gottlosen Ignoranz und blasphemischen Götzentiensten schlimmer als soche Bestien, die von wildester und rohster Natur sind."

Heute, 5 Jahrhunderte nach dem ersten Kontakt mit Kolumbus, leben gerade noch 750.000 IndianerInnen in ca. 27 Staaten der USA, verstreut über ungefähr dreihundert Reservaten, dort, wo früher 10 Millionen IndianerInnen in Freiheit lebten. Der pralerische "Fortschritt" schmückt sich mit kaum mehr angerührten Indianergemeinden, wo Alkoholismus verbreitet ist und die Arbeitslosenrate zwischen 14% bis 67% beträgt, bei einem nationalen Durchschnitt von über 43%.

Es scheint, als hätten die Völker, die am dirkestesten von der Landung der Europäer in Hispaniola betroffen waren, den geringsten Grund, die darauffolgenden 500 Jahre zu feiern.

Fälschlicherweise "Indianer" genannt, wurden sie die ersten SklavInnen der "Neuen Welt", sie, die am meisten ausgebeutet und ausgegrenzt wurden; im Rahmen der Eroberung und Massenmordes, begründet im weißen Durst nach Lebensraum (deutsch im Original).

Selbst wenn sie ihren traditionellen Glauben und ihre Volksbräuche aufgaben, wie die Cherokee von New Echota, Georgia, die zum Christentum übertraten, Häuser und Gebäude im europäischen Stil bauten und sogar schwarze SklavInnen hielten, bewahrte es sie nicht vor Landklau im großen Stil, den Diebstahl ihres Besitzes durch eine korrupte Regierung und der gewaltsamen Vertreibung zu Reservaten, dem tausende - schwarzer und roter Hautfarbe - zum Opfer fielen, bekannt wurde, dies als "Trail of Tears" (Weg der Tränen).

Viele Tränen und Bitterkeit werden dieser 500 Jahre gedenken.

Mumia Abu-Jamal ist der einzige der über 150 politischen Gefangenen in den den USA, der in der Todeszelle sitzt (siehe Tb -35). Zur Zeit versucht er und seine Anwälte eine Wiederaufnahmen seines Verfahrens zu erreichen.

**Mumia freut sich über Post (er kann auch Fotos und Kopien bekommen): Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Huntington SCI, DRawer R, Huntington, PA 16652, USA**

## TransALPedes

### Zu Fuß durch den Lebensraum Alpen

Der tägliche Giftcocktail für das Tiroler Wipptal, der Mega-Emmentaler NEAT (Neue Eisenbahn-Alpentransversalen) in der Schweiz, Grimsel West im Berner Oberland (das größte Pumpspeicherkraftwerk der Schweiz), ... — der drohenden Zerstörung des Alpenraumes soll als Zeichen des Widerstandes "ein Paar Füße entgegengesetzt" werden: Vom 3. Juni bis 3. Oktober durchquert eine wechselnde Gruppe von 10 Leuten den Alpenraum von Wien nach Nizza, mit Aktions- bzw Informations-Zwischenstopps, bei denen auf die Problematik der Alpenzerstörung in ihrer vielfältigen Gestalt eingegangen werden soll.

(TransALPedes)

«Traumstraßen Europas — Wien-Nizza». So hieß ein Buch, das jemand von uns vor 25 Jahren von seinem Onkel erhielt. «TransALPedes» — Wien-Nice '92» heißt das Projekt, das wir hier vorstellen. 1992 bleibt das Auto des Onkels zu Hause. Wir rollen nicht über verstopfte Alptraumstraßen, sondern gehen unsere eigenen Traumwege durch die Alpen. In vier Monaten wandern wir von Wien nach Nizza. Wir haben eine Route ausgetüftelt, die keine spezielle Bergerfahrung voraussetzt. Der Start ist am 3. Juni mit der Schneeschmelze, am 8. Juli erreichen wir Innsbruck, am 14. August sind wir in Brig, und am 3. Oktober kommen wir rechtzeitig vor dem Einschneien an der Cote d'Azur an.

Wir setzen der drohenden Zerstörung des Alpenraumes symbolisch ein Paar Füße entgegen — unser Widerstand gegen eine Entwicklung, die wir nicht wollen. Wir — das ist eine Kerngruppe aus den vier Alpenländern Österreich, Schweiz, Frankreich und Italien. Einige von uns leben im Alpenraum, andere sind Engagierte aus den Städten. Dutzende von weiteren Leuten aus den Berggebieten und aus den Agglomerationen tragen das Vorhaben mit.

Dem europaweiten Mobilitätswahn setzen wir unsere Langsamkeit als Wandernde entgegen: Wir gehen die ganze Route zu Fuß. Im Rhythmus des wochenlangen Wanderns verlangsamt sich manches. So finden wir Zeit, ins Gespräch zu kommen mit den verschiedensten Leuten: Einheimischen, StädterInnen, AktivistInnen, Medienschaffenden. Aber auch Muse, die Schönheit der Alpenlandschaften und ihre touristischen Vorzüge wahrzunehmen. Wir reden über Phantasien, Strategien und Projekte, über Ansätze einer andern Entwicklung im Alpenraum und in Europa. An vielen Orten finden in diesem Sommer gute Aktionen statt. Langsam aber stetig bewegt sich unsere Gruppe in wechselnder Zusammensetzung durch die ganzen Alpen und hinterläßt ihre Spur.

Wir besuchen nicht Gipfel, sondern Menschen. Für uns sind die Alpen kein Sportgerät, sondern ein Lebensraum, der sich mit einem wachsenden Problemdruck konfrontiert sieht. Europas Touristen- und Güterlawinen wälzen sich über Brenner, Gotthard und Mont-Cenis. Die mobile Freizeitgesellschaft gebiert häßliche Skikaruselle, vom Zillertal bis nach Savoyen. 380-Kilovolt-"Stromautobahnen" und "AKW-Filialen" machen Alpentäler dem europaweiten Stromgeschäft dienstbar. Ein jahrhundertalter Lebens- und Kulturraum

wird so zerstört. Dagegen setzen sich immer mehr Gruppen und engagierte Behörden zur Wehr. An vielen Orten entsteht Neues, vom Villgrater Freischlamm über den Obergommer Biokäse bis zum sanften GTA-Weitwanderweg in den Westalpen.

TransALPedes ist ein offenes Projekt, eine Einladung, etwas zu tun. Interessierte können einzelne Streckenabschnitte mitwandern. TransALPedes will aktive Leute und Gruppen vernetzen, will Erfahrungen austauschen und Horizonte erweitern — will etwas in Bewegung setzen. TransALPe-

des versteht sich als Beitrag für ein Europa von unten. Die Alpenregion als Vorreiterin für ein Europa der Regionen.

In der Zeitung «TransALPedes» gibt's ausführliche Information über das Projekt. Daneben dokumentieren Beiträge von AutorInnen aus vier Alpenländern, mit welchem wachsenden Problemdruck sich ihre Region konfrontiert sieht.

Nähere Infos gibt's bei:

TransALPedes, Wiesengrund 5, 6143 Pfons; Infolinien (Tonband): Österreich: 05273/6553, Schweiz: 028/24 44 04

## Widerstand gegen die Pyhrnautobahn-A9

(aber bestimmt nie gar keine A9 nicht!)

In Oberösterreich (OO) spitzt sich die Lage zu. Derzeit kämpft die "ARGE Bauern für's Kremstal", ein Zusammenschluß von 50 BäuerInnen, deren Gründe direkt vom Bau der A9 bedroht sind, vehement gegen immer bedrohlicher werdende Enteignungsverhandlungen.

Am 6. April sollte erstmals ein Bauer (Gottlieb Tretter, 64J) zwangsenteignet werden. Bei Enteignungsverhandlungen ist es üblich, daß der/die Betroffene alleine einer rechtlich geschulten Verhandlungsdelegation gegenüber sitzt. Die ARGE Bauern wollte dieses Ungleichgewicht nicht hinnehmen und ließ sich von Tretter eine Vollmacht zur Teilnahme an der Verhandlung ausstellen, die aber vom Verhandlungsleiter "rechtswidrig und eigenmächtig" nicht akzeptiert wurde. Da die anderen Bauern von dieser sehr wichtigen Verhandlung trotzdem nicht fernbleiben wollten, drangen sie mit Unterstützung von anderen Leuten in den Verhandlungssaal ein und kurz darauf beugten sich fast alle Akteure der Schwerkraft und lagen dann am Boden. Was zur Folge hatte, daß die Verhandlung verlegt wurde.

Eine Woche später (am 13. 4.) fand dann die zweite Verhandlung, diesmal gegen Franz Edlinger, statt. Hier gab es gleich von vornherein Gendarmerieschutz um die Enteignung leichter durchzusetzen. Aber auch hier gab es das gleiche Resultat: Die Verhandlung wurde verlegt.

Am 28. April gab es dann bereits die entscheidende Verhandlung gegen Gottlieb Tretter im Gemeindeamt von Schlierbach statt! Diesmal durften nur er selbst, sein Neffe, der den Bauernhof später übernehmen wird und ein Rechtsanwalt auf unserer Seite teilnehmen, die andere Seite war 11 Mann stark. Schon dieses Übergewicht ist sehr bedrückend und erst recht der anwesende Gendarmerieschutz von über 20 Männern, der etwaige BäuerInnen- und JournalistInnenbesuche verhindern sollte (und auch verhindert hat!) Aber der Platz vor dem Gemeindeamt war gefüllt mit ca. 100 BäuerInnen, JournalistInnen und anderen um gegen die Enteignung zu protestieren. Aber nach 3,5 Stunden zermürbender Verhandlungen (oder Bestechungsversuche) stand fest: Gottlieb Tretter hat allen Bestechungsversuchen widerstanden und wird jetzt zwangsenteignet! Das heißt, daß der

Widerstand ab jetzt voll auf Landes- und Bundesebene verlagert werden muß und falls das keinen Baustopp erzwingen kann, müssen bei Baubeginn die BäuerInnen mit hoffentlich kraftvoller Unterstützung von anderen Leuten die Maschinen stoppen. Hoffen wir das Beste, daß es nicht so weit kommen muß.

Bis dahin war es den Betonierern auf der ganzen Pyhrnstrecke gelungen, die GrundbesitzerInnen mit Versprechungen, Bestechungen (offiziell "gütliche Einigungen" genannt), etc. zu überreden, den Grund herzugeben. Das ist der Grund dafür, daß es zwischen Schlierbach und Sattledt drei Tunnels gibt und zwar im Flachland!! Diesmal wird es aber nicht so einfach gehen!

Denn den jetzt bedrohten BäuerInnen geht es nicht um andere Trassenführungen, sondern um die Rettung des ganzen Kremstales sowie um die ganze österreichische (besser: EG-in-den-Arsch-kriecherische) Verkehrspolitik (= Straßenbaupolitik). Die A9 ist ein typisches Beispiel für ganz Österreich: Die EG und die mit ihr zusammenarbeitende ebenso gefährliche "UNO-Wirtschaftskommission für Europa" (ECE) wünschen sich irgendwelche schöne Transitrouten für ihre Frächter, und gleich darauf heißt es von der österreichischen Regierung, diese Transitroute liege im "Interesse Österreichs" und sei unbedingt notwendig für den "Anschluß an Europa", für den "Wohlstand", für die "Freiheit", usw. Um dieses "Interesse Österreichs" leichter durchsetzen zu können, werden dann noch absurde und verlogene Wortspiele erfunden wie "Umweltautobahn", "Autobahn ist Menschenschutz" etc.

P.S. Am 15. Mai 1992 gibt es einen weltweiten Aktionstag gegen Straßen- und Flugverkehr als Warnung an die UNCED (Umwelt- und Entwicklungskonferenz) in Rio, die von 3. bis 15. Juni 1992 dauert und für die auch bereits eine eigene Autobahn für die TeilnehmerInnen und JournalistInnen gebaut wurde...

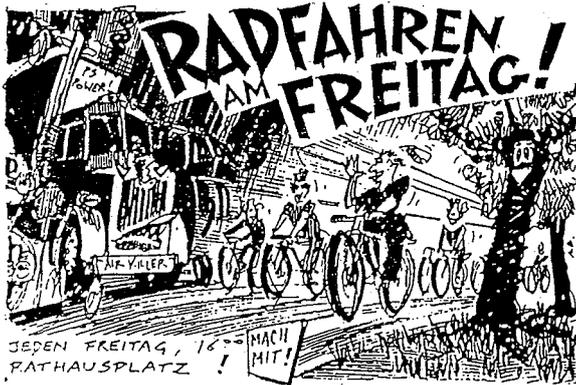
Zu diesem Aktionstag gibt es ein Plenum am 11. Mai um 19 Uhr im WUK-Umweltbüro! Bitte massigst hinkommen und andere Leute anagieren!

## Europa: EYFA on tours

Auch heuer gibt es sie wieder, die sagenhafte Möglichkeit, mit politisch Motivierten im Rudel einige hundert bis tausend Kilometer per Rad zurückzulegen: Die 3. EYFA (European Youth Forest Action)-Radtour, vom Schwarzwald bis ans Schwarze Meer. Das diesjährige Thema: Die ökologische Misere im Gerade-noch-Ostblock.

(EYFA, akin, TATblatt)

Was vor 6 Jahren noch als "Waldbus-Tour" mit zwei bzw drei Autobussen quer durch Europa stattgefunden hat, gibt es nun schon das dritte Jahr per Fahrrad: Eine mehr oder weniger große Gruppe (kommt darauf an, ob zB du mitfährst) fährt durch Europa, macht Zwischenstopps in verschiedenen Städten, wo zusammen mit dort ansässigen (bzw arbeitenden) Gruppen in ver-



schiedenen Formen Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Ökologie (im Allgemeinen, bzw mit Themenschwerpunkten — je nach Gegebenheit; mit "Ökologie sind natürlich auch alle politischen Zusammenhänge gemeint) gemacht wird — entweder als Theater, Demonstration, Diskussionsveranstaltung, und, und, und ... kommt ganz auf die Phantasie der Gruppen und TeilnehmerInnen an.

Die diesjährige Radtour beginnt im Anschluß an das Jugendfestival in Freiburg (BRD) am 12. Juni und führt via Praha (26. 6.), Bratislava (5. 7.), Budapest (13. 7.), Bucuresti (28. 7.) bis nach ECOTOPIA (3. 8.), einem jährlich an sehr verschiedenen Stellen in Europa stattfindenden Camp, diesmal bei Cerven-Briag in Nordwestbulgarien, wo sich alle ökologischen Träume verwirklichen sollten — was nach den Erfahrungen im Vorjahr zwar nicht unbedingt stimmen muß, aber ganz von der Organisation bzw den Möglichkeiten abhängt (in Rumänien sicher ungleich schwieriger als zB in Österreich). Das Camp dort beginnt am 1. August und wird bis 21. 8. dauern. Dort wird es wieder Workshops zu verschiedenen Themen (von Waldsterben über Atomenergie bis zu einer eventuellen Revolution) geben und jede Menge Gelegenheit, Leute aus verschiedenen Ländern kennenzulernen.

Das heurige Hauptthema ist, wie bereits geschrieben, die ökologische Situation im (ehemaligen oder auch nicht) Ostblock. Dort sind die Menschen hauptsächlich daran interessiert, westlichen Lebensstandard zu erreichen. Jedem sein Auto und grenzenloses Wachstum sind dort die unumstößlichen "Heiligen Kühe". Dazu kommt das Erbe der vorherigen Regierungen, die sich nie viel Gedanken um Umweltschutz gemacht haben. Die schlechten ökonomischen Verhältnisse in den meisten dieser Länder tragen das Ihre dazu bei.

Mit der Radtour will die EYFA die Menschen in diesen Teilen Europas darüber informieren, daß Kapitalismus und der Glaube an den technischen Fortschritt dunkle Seiten haben, zB auch auf der ökologischen Seite.

Potentiell Mitradeln-Wollende können sich bei jeder beliebigen Station einklinken (keine Angst, ihr müßt nicht die ganze Strecke mitfahren!). Um aber so organisieren zu können, daß dann wirklich alles hin- und her (zB mit Unterkünften), sollten sich Interessierte möglichst bald (zumindest vor-) anmelden. Die Teilnahme (inklusive Unterkunft und Verpflegung) kostet 12 ECOs (umgerechnet 72 ÖS) pro Tag. ECO ist die Währungseinheit, die während der Tour und in Ecotopia verwendet wird und stellt einen sozialen Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern mit verschiedener Kaufkraft dar. Beim jeweiligen Umrechnungskurs von deiner eigenen Währung in ECO werden vor allem die alltäglichen Lebenshaltungskosten (zB wieviel kostet ein Kilo Brot, ein Liter Milch, usw.) berücksichtigt. Dieses System ist notwendig, damit sich auch Leute aus den "Nichtartwährungsländern" beteiligen können.

Nähere Infos (keine Anmeldung!) bei Karl, Umweltbüro im WUK (1090 Wien, Währingerstraße 59), Tel: 0222/402 69 55. Anmelden könnt ihr auch bei der internationalen Koordinatorin Katarina Matejckova, Martincekova 3, CS-82101 Bratislava; Tel: 0042/7/219293.



UNRAST - Kollektiv (Hg.):

EUROPA 1993  
Der große Zauber

Bewegungstexte zur europäischen  
Vereinigung aus Frankreich, Niederlande, Spanien, BRD und Belgien

UNRAST-Verlag 1992

Seit den 50'er Jahren bauen die Herrschenden in Europa an einer vereinheitlichten Konzeption für den reichen Norden. Zum Januar 1993 soll ein wesentlicher Meilenstein dieser Entwicklung zude gebracht werden: der Europäische Binnenmarkt. Doch der Binnenmarkt steht nicht alleine: die europäische Entwicklung des Zusammenschlusses von Macht, Herrschaft, Kapital und deren grenzenloser Freiheit ist gekoppelt an Sicherheitsgesetzverschärfungen, Migrationsbegrenzung, Bevölkerungspolitik, Umstrukturierungen ... Besonders bedrohlich wird diese Entwicklung für die Menschen im Trikont, die sich der Konstruktion einer neo-imperialistischen Weltmacht EUROPA gegenüber sehen. In Europa gibt es aber auch Widerstand gegen dieses Projekt, was in diesem Buch sehr deutlich wird.

UNRAST-Kollektiv (Hg.):

EUROPA 1993  
Der große Zauber  
ISBN 3-928300-08-X  
146 Seiten, DM 14,80

Bestelladresse: Unrast-Verlag,  
Querstr. 2, 4400 Münster

Auch im gut sortierten Info- oder  
Buchladen erhältlich

Der Semmering-„Basistunnel“: Mit einer Länge von etwa 22 Kilometer soll er den Semmering durchbohren und den Zügen, die sich heute 42 Kilometer über starke Steigungen, enge Radien und durch niedrige Tunneln quälen, den Weg ebnen. Der Baubeginn steht unmittelbar bevor. Verantwortlich dafür zeichnet die „Hochleistungsstrecken-AG (HL-AG)“, — oder sollte es besser

heißen: Unverantwortlich...?

Mehrere BürgerInneninitiativen und Umweltschutzorganisationen erklärten unterdessen dem Monsterprojekt den Kampf. In der Initiative „Ghega-Bahn statt Tunnel-Wahn“ fanden sie nun zusammen.

(TATblatt-Wien)

700 000 bis 1 300 000 Kubikmeter Ausbruchmaterial, das beim Bau des neuen Semmeringtunnels anfallen wird, soll, den aktuellen Planungen der HL-AG folgend, im Hollensteingraben bei Prein an der Rax deponiert werden. Auch wenn der meterhoch angefüllte „Graben“ nachher wieder begrünt wird, sind die Auswirkungen auf die Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt sicherlich verheerend. Der Hollensteingraben beherbergt heute seltene Tiere und Pflanzen, so auch Käfer, die auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten stehen.

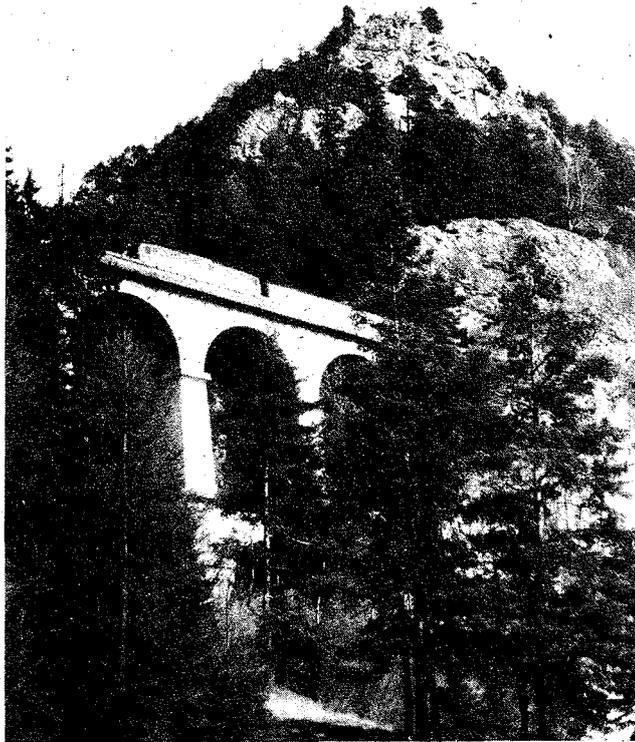
Ebenso vom Tunnelbau bedroht ist der natürliche Wasserhaushalt der Semmering-Region. Die diesbezügliche Besorgnis der Bevölkerung wird sogar von der HL-AG „ernstgenommen“. Es war ihr nicht zu blöd, für den Fall eines Versiegens der Quellen eine Ersatzwasserversorgung zuzusichern. Wie dies praktisch aussehen soll — schließlich handelt es sich bei der Semmering-Region nicht gerade um irgendeine kleine Schräbergartensiedlung — ist nicht geklärt. Eine Anfrage der HL-AG, ob sie nicht vielleicht die Wiener Hochquellenwasserleitung anzapfen dürfe, wurde von der Gemeinde Wien bislang ablehnend beantwortet.

Es wäre also sicherlich nicht übertrieben, von möglicherweise katastrophalen Folgen des Tunnelbaus zu sprechen. Wofür aber soll nun das ganze gut sein?

## Die „alte“ Semmeringbahn

Erbaut wurde sie in den Jahren 1848 bis 1854 von Carl Ritter von Ghega — wie es so schön heißt. In Wirklichkeit waren es freilich bis zu 20 000 ArbeiterInnen aus allen Teilen der Monarchie, von denen viele ihr Leben für diese erste Gebirgsbahn Europas lassen mußten. Wohl kamen „nur“ 15\* von ihnen durch Arbeitsunfälle ums Leben, was für damalige Verhältnisse, so zynisch das nun klingen mag, ausgesprochen wenig waren, dafür fielen aber auf Grund der mangelhaften Unterbringung und Bezahlung über 700 ArbeiterInnen dem Typhus und der Cholera zum Opfer.

Der gebürtige Venezianer Ghega hatte sich vordem übrigens durch eine ganze Rei-



Viadukt über die Krauselklause

he von Straßenbauten und Flußregulierungen in Norditalien sowie verschiedene Hochbauten, darunter ausschließlich Gerichts- und Gefängnisgebäude, einen Namen gemacht.

Der Bau der Semmeringbahn selbst war zu seiner Zeit auch nicht unumstritten. Zahlreiche bedeutende Fachleute bezweifelten überdies die Verwirklichbarkeit der Strecke und die Möglichkeit, sie mit lokomotivbespannten Zügen zu befahren.

Trotz allem konnte die letzte Gleislücke am 12. Oktober 1853 geschlossen werden. Am 23. und 24. Oktober wurden erste Probefahrten absolviert. Am 17. Mai 1854 wurde der Güterverkehr und am 17. Juli 1854 der Personenverkehr aufgenommen.\*

Seit damals wurde die Eisenbahnstrecke mehrmals umgebaut, modernisiert und auch ausgebaut. Der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges baufällige Semmering-Haupttunnel zwischen den Bahnhöfen Semmering auf niederösterreichischer Seite und Spital am Semmering in der Steiermark wurde 1952 durch einen vollkommen neuen zweiten Tunnel ergänzt, und anschließend durch Einziehung einer Betonröhre saniert. Sicherungstechnisch entspricht die alte

# Semmering: Drunter und Drüber Widerstand gegen einen Eisenbahntunnel

Semmeringbahn heute dem modernsten Standard. Die gesamte Strecke von Payerbach-Reichen au bis Mürtzschlag wird von zwei FahrdienstleiterInnen vom Bahnhof Semmering aus fernge-

steuert.

Als einmaliges technikgeschichtliches Bauwerk steht die Semmeringbahn heute unter Denkmalschutz. Sinnvolle Verbesserungen, wie Umbauten an Bahnhöfen, Gleisanlagen, Weichen und Tunneln, sowie technische und biologische Lärmschutzmaßnahmen werden aber auch vom Bundesdenkmalamt „im Sinne einer langfristigen Erhaltung des Denkmals als wünschenswert“ erachtet.

## Von der Beseitigung eines Flaschenhalses

„Der Semmering ist ein gravierender Flaschenhals bzw ein eminentes Nadelöhr im gesamteuropäischen Eisenbahnnetz.“ So blumig sieht es zumindestens die HL-AG.

Schwierigkeiten im Zugsverkehr bereiten naturgemäß die enormen Steigungen und die engen Kurvenradien. Mit einer Maximalsteigung von 25‰ ist die Semmeringbahn jedoch trotz allem die flachste alpenüberquerende Gebirgsbahn Österreichs. Die Züge der Tauernbahn haben 27‰, die auf der Brennerstrecke 28‰ und die über den Arlberg gar 31‰ Steigung zu überwinden. Unter Berücksichtigung des steigungssimulierenden Kurvenwiderstandes ergäben die Steigungswerte für Arlberg West 32‰, Arlberg Ost 27‰, Tauern 28‰, Brenner 27‰, Semmering Nord 27‰ und Semmering Süd 25‰.\*

Durch den neuen Tunnel, die damit verbundene Streckenverkürzung und die höheren Geschwindigkeiten können rund 20 Minuten Fahrzeit gespart werden. Im Güterverkehr jedoch ist diese Einsparung praktisch wertlos, da ein Güterwagen den größten Teil seiner Reise in Verschiebebahnhöfen verbringt. Und im Personenverkehr bringt sie nur Direktreisenden bescheidene Verbesserungen.

Durch bessere Organisation des Güterverkehrs und flächendeckendere Förderung des öffentlichen Personenverkehrs (Verkürzung von Umsteigezeiten, bessere Abstimmung von Fahrplänen, Streckenaus-

bauten auf Haupt- und Nebenbahnen) ließe sich mit weniger Aufwand viel mehr Zeit einsparen.

Ein weiteres Argument der TunnelbefürworterInnen ist jenes, daß die alte Semmeringbahn keine Kapazitätssteigerungen mehr zulasse. Dieses Argument ist schon einmal deswegen falsch, weil es einfach nicht stimmt — es werden bloß wiederholt falsche Zahlen veröffentlicht. So spricht etwa ÖBB-Generaldirektor Heinrich Übleis im VOR-Magazin 4/92 von 296 Zügen, die im Schnitt täglich über den Semmering fahren. In Wirklichkeit sind es "nur" 175\*. Auf 24 Stunden verteilt wären mehr als 400 Zugsfahrten möglich\*.

Das Argument mit dem Kapazitätsengpaß ist aber auch insofern wackelig, weil der Semmering-"Basistunnel" noch weniger Zugsfahrten im Tagesdurchschnitt zuließe, als die heutige Strecke.

Die örtlich zulässigen Geschwindigkeiten im Tunnel würden zwar deutlich über jenen der Ghega-Bahn liegen, dafür gäbe es allerdings im Tunnel im Gegensatz zur alten Strecke fast keine Überholmöglichkeiten. Da kann der SuperCity noch so schnell daherausrauschen, wenn vor ihm ein Güterzug mit den in Österreich üblichen 90 km/h dahinzukommt, kommt er einfach nicht vorbei. Zwar sind im Tunnel mehrere Überleitstellen (Weichenverbindungen) vorgesehen, die den Wechsel des Streckengleises erlauben, doch können diese nur dann zum Überholen genutzt werden, wenn zufällig gerade kein Gegenzug am Gegengleis unterwegs ist.

Eine tatsächliche Steigerung der Kapazität wäre allerdings zugegebenermaßen durch den Bau des Semmering-"Basistunnels" bei gleichzeitiger zusätzlicher Beibehaltung der alten Trasse gegeben. Dann könnten fast doppelt soviel Züge fahren wie heute. Die Frage wäre bloß, wie sie zum Semmering hinkommen und wie wieder von dort weg, denn schon heute sind die Zulaufstrecken stärker ausgelastet als die Bergstrecke.

Außerdem scheint die Erhaltung der alten Ghega-Bahn nach einer "Basistunnel"-Eröffnung entgegen anderslautender Beteuerungen von PolitikerInnen schon aus finanziellen Gründen unwahrscheinlich. So sehen die von der HL-AG angestellten Berechnungen über die Mehreinnahmen durch den Tunnelbau keinerlei Kosten für eine weitere Instandhaltung der alten Strecke vor.

Dann wäre da noch das Argument mit der Energieeinsparung. Schließlich scheint es doch mehr als einleuchtend, daß ein schwerer Güterzug in der Ebene viel weniger Energie braucht wie auf einer steilen Bergstrecke. Schließlich braucht ein Zug unter normalen Bedingungen in der Ebene nur zum Beschleunigen viel Strom, wenn er aber erst einmal rollt, dann tut er dies fast von allein.

Der sogenannte Semmering-"Basistunnel" allerdings, ist kein Basistunnel im eigentlichen Sinn, der einfach gerade unter dem Berg durchgebohrt wird — weil das nämlich schon geologisch kaum möglich ist

—, vielmehr weist er eine kontinuierliche Steigung von 11‰ auf. Berücksichtigt man/frau auch den zu überwindenden Luftwiderstand, der im Tunnel selbst ohne Berücksichtigung von Gegenzügen ganz enorm ist, entspräche die aufzubringende Leistung bei Bergfahrten einer Steigung von 14‰ an der frischen Luft\*.

Ist bei Talfahrten im Freien keine Leistungsabgabe am Triebfahrzeug notwendig, weil es ja ohnehin bergab geht (ist ja irgendwie logisch), so muß bei Talfahrten im Tunnel trotzdem der Luftwiderstand überwunden werden, was bedeutet, daß bei Geschwindigkeiten ab etwa 100 km/h trotz Gefälle mit Leistung gefahren werden muß (wie Gutachten von einem gewissen Prof. Raschauer, sowie Gutachten der TU Graz und der Unis Linz und Innsbruck beweisen)\*.

Die von den ÖBB propagierten Einsparung von 36 Millionen kWh pro Jahr, die den Luftwiderstand noch nicht berücksichtigt, ist bei genauerem Hinsehen auch nur mehr halb so beeindruckend. Sie entspräche auf eine Betriebsstunde zurückgerechnet einer Energieeinsparung von 4 110 kWh, also bloß einer mit voller Leistung fahrenden Lokomotive\*.

Alles in allem ist die angebliche Energieeinsparung — wenn überhaupt — minimal, jedenfalls aber fragwürdig. Es gäbe sicherlich mehrere Bereiche bei den ÖBB, wo auf einfachere Weise tatsächlich Energie gespart werden könnte, etwa durch den Ersatz von altertümlichen rotierenden Umformeranlagen in den bahneigenen Umspannwerken durch elektronische Anlagen mit weit weniger Verlustleistungen, oder durch die Abkehr von der Vollklimatisierung moderner Reisezugwagen. So muß eine E-Lok zumeist mehr Strom für die Vollklimatisierung der Reisezugwagen als zum bloßen Ziehen der Waggons aus der Fahrleitung aufnehmen.

Die kleinen Tunnelprofile auf der Ghega-Strecke, so argumentieren ÖBB und HL-AG weiter, stellen aber auch ein Hindernis für die "Rollende Landstraße", kurz "RoLa" genannt, dar. Die RoLa, das ist jene Form des kombinierten Verkehrs, die derzeit vom Verkehrsministerium vor allem im Nord-Süd-Transit gefördert wird, bei welcher die kompletten LKWs, inklusive Zugmaschine und Sattelanhänger, auf Waggons verladen werden, und die LKW-FahrerInnen ihre Fahrzeuge in einem mitgeführten Reisezugwagen begleiten.

Die Semmeringbahn ist derzeit für solche Züge tatsächlich nicht geeignet — allerdings nur in dem relativ kurzen Abschnitt zwischen Klamm-Schottwien und Breitenstein. Dieser Umstand ließe sich durch verhältnismäßig geringe Umbauten an einigen Tunnels und dem erst in jüngster Zeit errichteten Mittelbahnsteig korrigieren. Solche Umbauten waren auch am Brenner und Arlberg notwendig. Stellt sich da allerdings auch noch die Frage nach der Sinnhaftigkeit.

Die "Rollende Landstraße" ist eine der unökonomischsten Arten des Güterverkehrs, da für jeden Sattelanhänger auch eine während der Zugfahrt vollkommen

nutzlose Zugmaschine herumgekartet wird. Diese Zugmaschine ist einerseits schwer, was das Zuggewicht unnötig erhöht, und andererseits groß. Sie nimmt viel Platz, der für andere zu transportierende Güter genutzt werden könnte, weg. Darüberhinaus bedingt die Höhe der verladenen Zugmaschinen Niederflurwagen mit minimalsten Raddurchmessern von nur 36 Zentimetern. Diese kleinen Räder verursachten in der Vergangenheit wiederholt Schwierigkeiten durch eine unangenehm hohe Entgleisungsanfälligkeit. Derzeit sieht es nicht so aus, als ob dieses Problem in den Griff zu bekommen wäre.

Viel einfacher und rationeller wäre es, nicht den gesamten LKW sondern nur den Sattelanhänger, oder noch besser: nur einen Container zu verladen. Dies scheitert aber bislang am Desinteresse der Frächter und Speditionen, welche die Fracht vom Anfang bis zum Ende transportieren wollen. Aus ihrer firmenspezifischen Sicht ist dies einfach wirtschaftlicher.

Von einem sinnvollen kombinierten Verkehr sind wir also noch sehr weit entfernt. Die RoLa ist nur ein scheinbarer Schritt in die richtige Richtung. Zum größten Teil ist sie bloße Augenauswischerei. Außerdem kann eine Lösung der Verkehrsprobleme nur bedingt durch Verlagerung der Verkehrslawine von der Straße auf die Schiene gelöst werden. Vielmehr muß es beispielsweise unterbunden werden, daß Produkte zwischen jedem Produktionsschritt hunderte bis tausende Kilometer nutzlos herumgekartet werden, um nur ja jeden Standortvorteil ausnützen und möglichst jeden gesetzlichen Schranken durch Ausweichen auf andere Länder umfahren zu können. (Stichwort: "Just-in-Time-Produktion")

Eine sinnvolle Lösung der Verkehrsprobleme steht zwangsläufig im Widerspruch zu den ökonomischen Interessen der "Wirtschaft", die da folgerichtig nicht freiwillig mitmachen wird. Ohne restriktive, den Interessen der "Wirtschaft" entgegengerichtete Maßnahmen wird eine Lösung der Verkehrsprobleme immer weniger möglich sein, und ohne eine grundlegende Änderung der Machtverhältnisse werden solche Maßnahmen niemals durchsetzbar werden, und ohne daß wir was tun, werden sich diese Machtverhältnisse auch nicht ändern,... aber das würde nun den Rahmen dieses Artikels endgültig sprengen. Wie immer aber eine etwaige sinnvolle Lösung der verkehrspolitischen, gesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Probleme auch aussehen mag: Eine Vergrößerung der Tunnelquerschnitte auf der Semmeringbahn ist dazu sicher genauso unnötig wie ein neuer "Basistunnel".

## Widerstand

Mehrere BürgerInneninitiativen arbeiten bereits seit Jahren gegen das Baustellenprojekt. Das Interesse der Bevölkerung und deren verbale Widerstandsbereitschaft waren bisher ausgesprochen hoch.

Die aus der Kampagne "Rettet das Dorfertal" hervorgegangene Naturschutzorga-

nisation "Alliance for Nature" initiierte die Initiative "Semmering-Ghega-Bahn statt Tunnel-Wahn", die von den "Vereinigten Bürgerinitiativen des Schwarzatal-Semmering-Gebietes" (Hollenstein-Komitee, BI Payerbach-Reichenau und BI Edlach an der Rax) sowie von ARGUS, Bruder Baum, Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz, Kuratorium "Rettet den Wald", Österreichischer Alpenverein / Sektion Wiener Lehrer, Österreichischer Gebirgsverein, ÖH, Österreichischer Naturschutzbund, Österreichischer Touristenklub und WWF-Österreich, mitgetragen wird.

Anlässlich der Eröffnung der Niederösterreichischen Landesausstellung am 6. Mai im Schloß Gloggnitz zum Thema "Die Eroberung der Landschaft", die den Weggang von Semmering, Rax und Schneeberg seit Eröffnung der Semmeringbahn aufzeigen wird, ist die nächste Kundgebung geplant. Ein Infostand der TunnelgegnerInnen innerhalb der Ausstellung wurde von den Verantwortlichen nicht genehmigt. Es soll allerdings auch keine Propaganda der HL-AG zugelassen werden. Die Ausstellung wird übrigens bis 26. Oktober 1992 dauern. Noch innerhalb dieses Zeitraum ist mit einem Beginn der Großbaustelle zu rechnen.

## Wie soll es weitergehen?

Mit Flugblättern und Kundgebungen wird sich der Tunnel wohl kaum verhindern lassen. Weitergehende Maßnahmen wie aktive Verhinderungsaktionen und Baustellenbesetzungen schließen darauf angesprochene BI-Aktive ausdrücklich nicht aus. Auch wenn es nicht den Anschein hat, als ob da schon viel vorbereitet wäre.

Im Augenblick wird noch sehr auf den Rechtsweg gesetzt, der den Baubeginn zumindestens mal auf Jahre verzögern soll.

So hat die Niederösterreichische Umweltanwaltschaft bereits ihren Gang zum Verwaltungsgerichtshof angekündigt, sollte das Land Niederösterreich im naturschutzrechtlichen Verfahren der Deponierung des Ausbruchmaterials im Hollensteingraben zustimmen.

Die Deponierung würde nämlich eindeutig dem §6 Abs 4 des NÖ-Naturschutzgesetzes widersprechen, wonach in Landschaftsschutzgebieten "Bewilligungen zu versagen [sind], wenn [...] 1. das Landschaftsbild, 2. die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart oder 3. der Erholungswert der Landschaft für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr dauernd und maßgeblich beeinträchtigt wird". Die Semmering-Region ist Teil des Landschaftsschutzgebietes "Rax-Schneeberg", das sich laut NÖ-Naturschutzbericht durch "reichhaltige Alpenflora und abwechslungsreiche Waldvegetation" auszeichnet.

Diesen Einspruch könnte die HL-AG allerdings dadurch umgehen, daß sie andere, ebenfalls ausgearbeitete Projekte zur Genehmigung einreicht, die keine Ablage-

rung des Aushubmaterials im Hollensteingraben, sondern deren Abtransport mittels LKWs oder einer Seilschwebbahn, vorsehen. Bei diesen Projekten wäre dem Naturschutzgesetz möglicherweise Genüge getan, dafür würde sich der Bau um mehrere Milliarden (etwa um 3 bis 4) verteuern. Bei derzeit veranschlagten offiziellen Gesamtkosten von 4 bis 6 Milliarden Öschis ein relativ gewaltiger Brocken.

Bei den Baukosten gehen die genannten Zahlen übrigens weit auseinander. Inklusive Kapital- und Zinsenrückzahlungen kommen über 30 Jahre angeblich rund 40 Milliarden Schilling zusammen.

Außer nach dem Naturschutzgesetz sind seitens der TunnelgegnerInnen auch rechtliche Schritte in Bezug auf das wasserrechtliche, eisenbahnrechtliche und abfallwirtschaftliche Genehmigungsverfahren vorgesehen.

## Gesamtverkehrskonzept

Ein Vorurteil gegen die Anti-Tunnel-Initiativen, das der Schreiberling dieses Artikels bis zum ersten Gespräch mit diesen Leuten mit sich herumgetragen hat, sei zum Schluß auch noch angesprochen.

So hatte es für mich den Anschein, als ob immer nur vom Bau des Eisenbahntunnels gesprochen würde, niemals aber von der Semmering-Bundesstraße S6, deren zerstörerische Wirkung auf die Landschaft auch mehr als offensichtlich ist. Selbst im sechsheitigen Vierfarb-Flugi der Alliance for Nature wird trotz ausführlicher Beschreibung der Semmering-Region nur in einer kleinen Zeile auf die S6-"Bröselbrücke" über Schottwien hingewiesen.

Der Verdacht lag für mich da nahe, daß es sich bei den Anti-Tunnel-Initiativen um eine von Autolobby und Transportwirtschaft initiierte Kampagne handelt, die das Ziel verfolgen soll, durch unverhältnismäßige Überbetonung des Eisenbahntunnels von den Folgen des Straßenbaus abzulenken. Davon, daß die Kampagne zumindestens unfreiwillig immer noch derartige Nebenwirkungen hat, bin ich auch heute noch überzeugt.

Einen solchen Verdacht weisen die Initiativen allerdings mit aller Vehemenz zurück. Vielmehr propagieren sie ganz ausdrücklich die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und die Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes für ganz Österreich und eine Bedarfsanalyse mit Prioritätensetzung der wichtigsten Projekte. Das Anfang '92 vom Verkehrsministerium vorgestellte "Österreichische Gesamtverkehrskonzept 1991" erfüllt ihre Ansprüche in keinster Weise. Im besten Fall ist es für sie ein Konzept zu einem Konzept.

Der Semmering-"Basistunnel" stellt für die Initiativen nur einen Hemmschuh für eine effiziente Förderung des öffentlichen Verkehrs dar. Die finanziellen Mittel sollten ihrer Meinung nach nicht in dieses eine Milliardenprojekt gesteckt sondern für andere Bahnprojekte verwendet werden, wie dem zweigleisigen Ausbau der Tauernbahn, der Pyhrnbahn und der Schoberpaßstrecke oder dem oft lauthals angekündigten und noch öfter leise wieder zurückgestellten Ausbau der Eisenbahnlinien in Richtung Ungarn und CSFR.

Zum Bau der "Süd-Ost-Spange" (der "Neuen Südbahn" von Wien über Schwechat, Eisenstadt, Oberwart, Graz nach Klagenfurt mit dortiger Verknüpfung an die "alte" Südbahn, die zusätzlich zum Semmering-"Basistunnel" von ÖBB und HL-AG geplant wird, aber erst in 30 Jahren fertiggestellt werden kann) gibt es bei der "Initiative Ghega-Bahn statt Tunnel-Wahn" keine einheitliche Meinung.

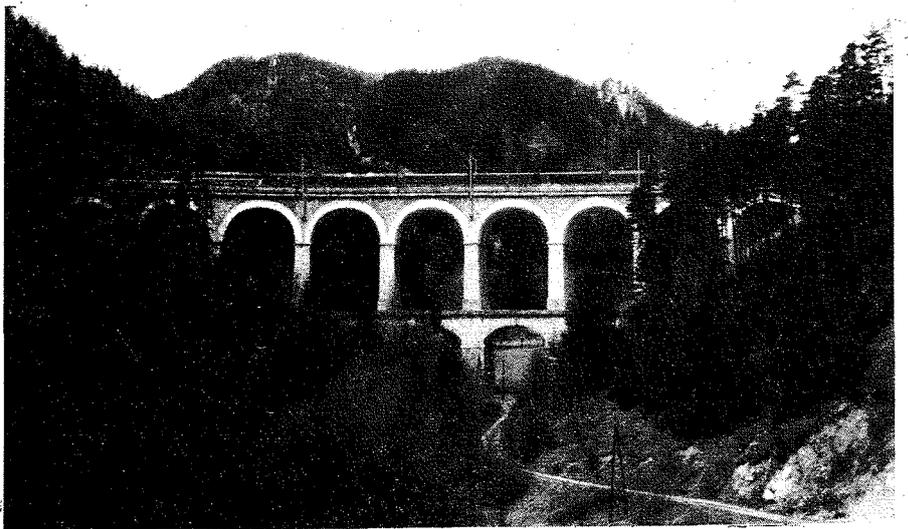
### Quellen und Literaturhinweis:

Alle mit \* gekennzeichneten Angaben sind dem Buch "Semmeringbahn — Daten, Fakten, Propaganda" von Richard Mauterer, erschienen 1990 im Verlag Signale Wien — Pinkafeld, entnommen. Richard Mauterer betätigt sich auch als eisenbahn-fachlicher Berater der BürgerInneninitiativen.

Ebenfalls verwendet wurden Flugblätter der Alliance for Nature, mündliche Überlieferungen, zwei "VOR-Magazine" aus der Straßenbahn, eigene Recherchen und andere Quellen.

"Das Österreichische Gesamtverkehrskonzept 1991" wird in einem der nächsten TATblätter mal genauer vorgestellt.

Viadukt über die "Kalte Rinne"



Die jüngste Erklärung der RAF erregte relativ viel öffentliches Aufsehen. Bundesdeutsche PolitikerInnen und Medien handelten sie platt als "Gewaltsverzichtserklärung" oder "Kapitulation".

Egal wie mensch zur RAF stand oder steht: Dieser RAF-Brief ist es wert gelesen, überdacht und diskutiert zu werden. Wir bringen ihn daher zur Dokumentation im vollen Wortlaut:

## An alle

die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann....

...das ist auch unsere suche.

es gibt tausende probleme, die auf dem tisch liegen und nach lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze menschheit in die katastrophe führen. sie alle sind entstanden durch das kapitalistische prinzip, daß nur profit und macht zählen und die menschen und die natur dem untergeordnet sind.

wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, daß es darum geht, neue bestimmungen für eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderungen für das leben der menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz entreißt. dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame geschichte aller im widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und was wichtige erfahrungen waren, die wir oder andere gemacht haben, und welche bedeutung sie für die zukunft haben können.

ausgangspunkt war:

1. die tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten situation im weltweiten kräfteverhältnis standen - die auflösung des sozialistischen staatsensystems, das ende des kalten krieges. wir waren damit konfrontiert, daß die vorstellung, im gemeinsamen internationalen kampf einen durchbruch für befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. die befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen ebeneu ausgeweitete kriegsführung des imperialismus durchzukommen.

der zusammenbruch der sozialistischen staaten, der seine ursache wesentlich in den im innern ungelösten widersprüchen hatte, hat katastrophale auswirkungen für millionen menschen weltweit und hat alle, die rund um den globus um befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen. aber dadurch hat sich für alle die notwendigkeit nochmal deutlicher gezeigt, daß die kämpfe um befreiung nur aus dem selbstbewußtsein der eigenen, speziellen geschichte der völker, den authentischen bedingungen und zielen entwickelt werden können. und nur daraus kann eine neue internationale kraft entstehen. das haben viele genossInnen aus

dem trikont in die diskussion eingebracht und sie haben dort anfänge einer ganz neuen politik gefunden und umgesetzt - das werden wir hier auch. darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den jahren vor 89 politik gemacht haben, politisch nicht stärker sondern schwächer geworden sind. wir haben aus verschiedensten gründen keine anziehungskraft mehr für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht. als einen zentralen fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.

uns ist klar geworden, daß wir die leute suchen müssen, und daß es so nicht weitergeht, daß wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und die anderen sich an uns orientieren. wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die realität war so. wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert und gefehlt hat die suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt. die verhältnisse zu den leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster linie darüber bestimmt, gemeinsam zum angriff zu kommen. deshalb gab es in der bestimmung gar nicht den raum, daß sie eigene soziale werte in ihrem alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten. nur daraus hätten wir zusammen zu einer politik kommen können, die für mehr menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen scene-ghettos leben, erfahrbar macht, daß die kälte und ohnmacht im imperialismus nicht schicksal wie naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo menschen ihre bedürfnisse, ihre solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heute anfangen zu leben.

daraus hatten wir die konsequenzen gezogen und zwei jahre lang einen parallelen prozeß von Neubestimmung und praktischen interventionen versucht. wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues verhältnis schaffen und da-

durch die notwendigen voraussetzungen für eine gemeinsame diskussion und daraus eine gemeinsame perspektive mit viel mehr menschen und gruppen möglich machen. daß wir unseren prozeß nicht nachvollziehbar sondern nur bruchstückhaft als ergebnis unserer diskussion in den erklärungen und briefen vermittelt haben, war ein fehler. und das hier ist auch nur ein anfang und wir werden demnächst über alles genauer reden.

nach diesen zwei jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste zeit am wichtigsten finden: die seit langem notwendigen gemeinsamen diskussionen und den aufbau von zusammenhängen unter den verschiedensten gruppen und menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom alltag der menschen in dieser gesellschaft, aus dem für viele die notwendigkeit drängt, ihre eigene lage in die hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach lösungen zu suchen. wir denken, solche zusammenhänge können die basis werden von der kraft, die wir gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. solange eine solche gesellschaftliche alternative zur zerstörung und verzweiflung im system nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der nadel verrecken oder in den selbstmord getrieben werden usw. und es wird dabei bleiben, daß immer mehr leute den faschisten hinterherlaufen.

aus unseren erfahrungen und aus den diskussionen mit genossInnen über alle diese fragen, steht für uns heute fest, daß die guerilla in diesem prozeß von aufbau nicht im mittelpunkt stehen kann. gezielt tödliche aktionen von uns gegen spitzen aus staat und wirtschaft können den jetzt notwendigen prozeß im moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte situation für alles, was in anfängen da ist und für alle, die auf der suche sind, eskalieren. die qualität solcher angriffe setzt eine klarheit darüber voraus, was sie an veränderungen konkret in gang setzen können. diese klarheit kann es jetzt, in einer zeit, in der es für alle um ein sichfinden auf neuer grundlage geht, nicht geben. so verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen aktionen nehmen



wir das ergebnis doch schon vorweg.

**WIR HABEN UNS ENTSCHIEDEN, DAB WIR VON UNS AUS DIE ESKALATION ZURÜCKNEHMEN. DAB HEIßT, WIR WERDEN ANGRIFFE AUF FÜHRENDE REPRÄSENTANTEN AUS WIRTSCHAFT UND STAAT FÜR DEN JETZT NOTWENDIGEN PROZEß EINSTELLEN.**

dieser prozeß von diskussionen und aufbau einer gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen bestandteil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen mit ein. aus 20 jahren ausnahmezustand gegen die gefangenen, folter und vernichtung, geht es jetzt darum, ihr recht auf leben durchzusetzen - ihre freiheit erkämpfen!

justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von denen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, daß es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, daß sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen.

gegen die gefangenen haben sie seit 20 jahren auf vernichtung gesetzt. die kinkelankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen. also ob er raum für politische lösungen zuläßt (und wenn auch vertreter aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein).

wir werden uns genau ansehen, wie ernst der kinkel-vorstoß ist. bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer daß claudia wannersdorfer nur einige monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. alle anderen haftunfähigen - günter sonnenberg, bernd rössner, isabel jacob, ali jansen - sind noch immer drin. und irmgard möller, nach 20 jahren immer noch im knast. an den haftbedingungen hat sich bis heute nichts verbessert. die 2/3-anhörungen bei norbert hofmeier, bärbel perau und thomas thoene gleichen inquisitionen. angelika goder wird trotz ihrer krankheit mit knast bedroht. in der ankündigung neuer prozesse gegen gefangene aufgrund der kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte rachebedürfnis des staates aus und das ziel, gefangene für ewig im knast einzumauern. in der "welt" wird mit bezug auf das stuttgarter justizministerium der ungebrochene vernichtungswille formuliert: wenn es nach denen ginge, wäre bei günter, der schon seit 15 jahren haftunfähig gehalten wird, nur dann an seine freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven knastschikanen unterwirft. "renitenter gefangener", weil er solidarisch ist und mit seinen freun-

den weiterhin zu tun hat. so hetzen sie gegen seine freilassung. das alles steht im krassen widerspruch dazu, daß sich auf seiten des staates wirklich eine andere haltung durchzusetzen beginnt.

**DIE HAFTUNFÄHIGEN UND DIE GEFANGENEN, DIE AM LÄNGSTEN SITZEN, MÜSSEN SOFORT RAUS UND ALLE ANDEREN BIS ZU IHRER FREILASSUNG ZUSAMMENKOMMEN!**

es ist eine wichtige weichenstellung, ob sich in nächster zeit was in diese richtung bewegt: daran kann jede/r sehen, in welche richtung der zug fahren soll; setzt sich im apparat die fraktion durch, die einsieht, daß sie anfangen müssen, zugeständnisse für politische lösungen zu machen, oder setzen sich die scharfmacher und eisenfresser durch.

das wird sich nicht nur am staatlichen verhalten gegenüber den politischen gefangenen zeigen. es gibt auch andere brennpunkte, an denen diese weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. da, wo die kämpfe schon soweit sind, daß sie einen raum durchgesetzt haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische lösungen zulassen oder auf krieg setzen. zum beispiel, ob sie den leuten in der hafenstraße nach 10 jahren kampf weiterhin ihre existenzberechtigung streitig machen. aber langfristig geht es ja um viel mehr:

- es gibt kämpfe der sozialen gefangenen gegen sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche bedingungen in den knästen. es darf nicht so laufen, daß die politischen gefangenen aus den vernichtungstrakten kommen, und danach andere hinein. alle isolationstrakte müssen geschlossen werden!

- es gibt kämpfe um zentren, um lebens- und wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

- es wird sich zeigen, inwieweit die menschen in der ex-ddr weiterhin im schnellverfahren zu willenlosen objekten in das kapitalistische system gepreßt werden sollen, oder sie raum erobern können, die entwickelung selbst zu bestimmen.

- es ist eine wichtige frage, wie lange noch der staat den rassismus gegen die flüchtlinge schüren und sie als "untermenschen" behandeln kann, um sich und die wirtschaft damit aus der verantwortung für arbeitslosigkeit, wohnungsnot, altersarmut usw. zu ziehen. und wie lange er noch diese menschen wieder ins elend zurückschicken kann, das er ständig mit produziert.

- es ist seit langem realität, daß die bullen faschisten schützen und antifaschisten niederknüppeln, daß sie demonstrantInnen in den tod hetzen, wie conny wissmann, daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar monaten in frankfurt, und flüchtlinge mit elektroshocks foltern usw.

- es ist die frage, ob deutsche soldaten wieder gegen andere völker marschieren und wie lange denn noch faschistische regi-

mes mit waffen und unterstützung von hier die bevölkerungen massakrieren können.

vor allem daran, wie an allen diesen fragen - und logisch ist das nicht vollständig hier - kämpfe in der gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann. von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe für unsere forderungen notwendig sein.

wir haben von uns aus jetzt mit der rücknahme der eskalation aus der auseinandersetzung einen schritt gemacht, um diesen politischen raum aufzumachen. jetzt ist die staatliche seite gefragt, wie sie sich verhält; und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den prozeß von diskussion und aufbau schützen. wenn sie diejenigen, die diesen prozeß für sich in die hand nehmen, mit ihrer walze aus repression und vernichtung plattmachen, also weiter auf krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die phase des zurücknehmens der eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können. auch wenn es nicht unser interesse ist: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden.

rote armee fraktion  
10.4.1992

## Nachtrag:

Im Berlin-Info "Interim" Nr.190 vom 23. April 1992 wurde nun noch nachfolgende Korrektur veröffentlicht. Der angesprochene Satz findet sich im Text in der zweiten Spalte, Seitenmitte.

"hallo.

wir haben bei der abschrift unseres textes zwei wörter vergessen, was so den ganzen sinn des entsprechenden satzes entstellt und möglicherweise zu überflüssigen diskussionen führt.

auf seite 2 ganz oben fehlen "erwarten, daß", der satz heißt also richtig:

"uns ist klar geworden, daß wir die leute suchen müssen, und daß es so nicht weitergeht, daß wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und **erwarten, daß** die anderen sich an uns orientieren."

wir schicken die korrektur jetzt hinterher, weil wir nicht wollen, daß der text mit dem falschen satz veröffentlicht wird. daß die taz alles gezielt gekürzt und sogar die anrede weggelassen hat, stinkt uns gewaltig, weil uns total wichtig war und ist, daß auch leute außerhalb der engen scene-zusammenhänge mitkriegen, wie wir überlegen.

14.4.1992  
rote armee fraktion"

Ein netter Märchenfilm. Für alle die gerne mal fliegen würden. Ohne Flugzeug und anderen technischen Errungenschaften. Nur mit Elfenstaub und einem wunderbaren Gedanken. Tja und dann gehts

noch seine Erinnerung an vergangene Zeiten wiederfinden. Aber dann heißt es für eineinhalb Stunden Piratenleben life

# Hook

los, aber nicht sofort. Zuerst muß Peter Pan zu spüren. Piratinnen sind, wenn überhaupt, als dumme Sauf- und Mannsweiber dargestellt. Meerjungfrauen dürfen nicht fehlen. Die wiederrum sind "schön" und "sexy", wie es sich für sie "gehört". Die Piraten sind hart, stark und gnadenlos dargestellt, aber in einem kurzen Moment werden sie auch mal zu butterweichen Geschöpfen. Fast nichts wurde ausgelassen. Es gibt auch "vernünftige" und "nette" Frauen, nicht zuviele, denn der Film handelt ja auch, wie die dazugehörige Geschichte um Jungen. Die wollen nicht erwachsen und abgestumpft werden. Peter Pan, \*die Hauptfigur\*, der Anführer der Buben, die alle in einer Wunderwelt leben, ist schon seit langer Zeit auf der Welt geblieben. In der Zwischenzeit alt und abgestumpft geworden. Ein Manager. Nun, so beginnt diese Geschichte.

DUSTIN HOFFMAN JULIA ROBERTS ROBIN WILLIAMS BOB HOSKINS



DER STEVEN SPIELBERG FILM

Es war unglaublich, undenkbar, unfassbar - aber Peter Pan war erwachsen geworden.

den Müttern, zu süßen schrulligen Großmüttern; Männer werden zu Harten, Starken, von ihrem ich Eingenommenen; zu Rustikalen, zu liebenden Vätern und dann auch noch zu verwirrten, netten Großvätern. Die Kinder werden mehr als individuelle Wesen dargestellt, sie bleiben der Einheitsmacherei in verschiedene Klischees durchwegs verschont. Der Eine stark, der Eine schwach, dick, schmal, lang, kurz. Aber einen Anführer brauchen sie alle. Kollektives Denken wird vom Führer bestimmt. Anstatt ein märchenhaftes Märchen zu produzieren, hat Spielberg es bei einem Schneewitchen, einer Frau Holle und einem Aschenputtel bleiben lassen, nur besser inszeniert. Teilweise ist es ihm gelungen Phantastisches zu produzieren, schon das macht den Film sehenswert, aber leider auch "nur" das viele Geld, welches dem Märchen zu "leben" verholfen hat. Gemeint sind sowohl die Technik, als auch die Kostüme und Requisiten, wie auch die Schauspielerinnen und Schauspieler.

Übrigens sage nieee, daß es keine Elfen gibt!!!

## riff



Die Komödie „Riff-Raff“ zeigt die kleinen Schwächen der kleinen Leute und die große Scheiße, aus der sie heraus wollen. Wer darüber lacht, der lacht auch über sich selbst.

## raff

## Die Lust der schönen Rose



Laura Dern, scharf wie die Sünde, macht müde Männer munter. Ein Spielberdorfer steht Kopf: wo bleiben Moral und Anstand?



Die Lust der schönen Rose: ab 24. April im Kino.

Laura Dern ist die schöne Rose - und die treibt's wild. Doch ihre Lust ist meist der Männer Frust.

Spezialistin für wilde Liebesromanzen) in den Spielberghaushalt der Familie Hillier. Als Hausmädchen putzt sie die Stube und bringt auch noch andere Dinge in Ordnung. Den Harmoniehaushalt des Familienoberhauptes (Robert Duvall ist dieser Daddy) zum Beispiel. Den ersten richtigen Orgasmus verpaßt ihr aber dessen 13jähriger Sohn Buddy. Bei soviel Sex und Sünde steht bald die ganze Dorfgemeinde Kopf.

In den Südstaaten von Amerika schwärzen es die Burschen und Mädchen bei den Ohren heraus, überhaupt in der Zeit, in der diese bitter-süße Liebesgeschichte spielt. Im Jahr 1935. Da herrschen Moral und Anstand. Doch da platzt die schöne Rose (Laura Dern, seit „Wild at Heart“

Die Lust der schönen Rose (RAMBLING ROSE): USA 1991. Regie: Martha Coolidge. Buch: Calder Willingham. Kamera: Johnny E. Jensen. Schnitt: Steven Cohen. Musik: Elmer Bernstein. Mit Laura Dern, Robert Duvall, Diane Ladd, John Heard.

Der Filmtitel gibt an, daß der Film über die Lust handelt. Und mehr noch über die Lust der schönen Rose. Weniger um die verschiedenen Lüste Roses, geht es jedoch um die Lüste der Männer an der schönen Rose. Der Hausherr verliebt sich in sie, auch der Arzt. Sie behaupten Rose sei sexwütig, nachdem sie mit dem Sohn des Hausherrn freit (=schläft,bumsen,vögeln,...). In gemeinsamer Sache beschließen sie, der verliebte Hausherr und der verliebte Arzt, Rose die Gebärmutter zu entfernen, um ihrer Wollust, ihrer Sexsucht einhalt zu gebieten. Die Frau des Hausherrn kann den Entschluss der Beiden noch entgegenwirken. Rose stirbt in diesem Film am Ende an irgendeiner Krankheit.

Gefühle, Probleme, Wünsche. Alles ernste und reale Begebenheiten finden in diesem Film eine sehr ober - oberflächliche Behandlung.

Hollywood hat wieder zugeschlagen. Schöne Bilder und "nette" Handlung wurden anstelle bildlicher & mimischer Darstellung produziert. Zu guter Letzt wird auch noch zum allgemeinen Verständnis der Männer Lust an der schönen, nun toten Rose gestanden. Statt gute filmische Arbeit wurden Texte entwickelt, die alles und auch wirklich alles erklären sollen. Die Zuschauer und Zuschauerinnen brauchen nicht mehr zu denken. Es wird vorgedacht, vorgekauft.

### Vergleich

39 Cg 1/91

vor dem Handelsgericht Wien haben in der Rechtsache der klagenden Partei Ahriman Verlag e.V., D-W 7800 Freiburg, vertreten durch Dr. Johannes Neumayer, Rechtsanwalt, 1040 Wien, Argentinierstraße 20/1/3 gegen die beklagte Partei Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11, vertreten durch Dr. Alois Obereder, Rechtsanwalt, 1010 Wien, Schottenring 28, bei der Tagsatzung am 1. April 1992 folgenden gerichtlichen

### Vergleich

geschlossen:

Die beklagte Partei verpflichtet sich, insbesondere im geschäftlichen Verkehr, es zu unterlassen,

a) die klagende Partei als Tarnorganisation der Partei "Initiative Neue Linke" bzw. als faschistoide oder rechtsextreme Gruppierung zu bezeichnen oder bezeichnen zu lassen und/oder Äußerungen dieses oder ähnlichen oder diesen Eindruck vermittelnden Inhaltes weiterzuverbreiten, sowie

b) zum Boykott von Buchhandlungen, die Verlagsprodukte der klagenden Partei vertreiben, aufzurufen, und/oder Buchhändler aufzufordern, keine Bücher der klagenden Partei zu vertreiben und /oder aufzufordern, daß Buchhändler von Kunden aufgefordert werden, die Bücher der klagenden Partei aus der Buchhandlung zu entfernen und/oder direkt oder indirekt den Diebstahl bei derartigen, die Bücher der klagenden Partei vertreibenden Buchhändler gutzuheißten oder hiezu aufzufordern oder Aufrufe bzw. Aufforderungen derartigen Inhaltes zu verbreiten.

Halihallo!

Ihr habt schon wieder länger aufs neue TATblatt warten müssen. Schuld daran war zuerst dieses absurde Eiermalfest und die damit zusammenhängenden familiären Verpflichtungen. Kurz und schlecht, wegen mangelnder Anteilnahme mußten wir die Produktion dieser Nummer auf das Wochenende nach Ostern verschieben.

Wir produzierten dann fix und fertige 36 Seiten und lieferten diese in der Druckerei ab. Zu diesem Zeitpunkt stellten wir erst fest, daß uns die Druckplatten fast ausgegangen sind. Mit den restlichen paar Druckplatten wurden vorerst ein paar Seiten gedruckt. Als wir am nächsten Morgen dann neue Platten kaufen wollten, stellten wir fest, daß wir wohl die einzigen sind, die in Wien auf diesen Platten drucken. In ganz Wien hatte keine Firma solche Filmplatten lagernd. Wir mußten welche in Belgien bestellen was ca. eine Woche dauert. Schnell zerschlugen sich auch alle Hoffnungen woanders zu drucken - entweder es war kein Drucktermin frei oder es wäre zu teuer gekommen. Tja, und dann kopierten wir halt schnell eine Notnummer mit 4 Seiten zu Peter und Sevilla. Die reguläre Nummer verschoben wir aufs erste Maiwochenende.

Dieses Mal sind auch keine Texte aus Platzgründen rausgefallen oder einfach verschlampt worden. Glaub ich zumindest. Für die Terminseite hatte offensichtlich niemand von uns Bock.

P.S.: Vergeßt das Spenden nicht! (s.u.)

## MEINE PERSÖNLICHEN FRAGEN AN DIE BP-KANDIDATENINNEN



1. SIND SIE DAFÜR, DASS C. PEYMANN STAATENLOS BLEIBT ODER TRETEN SIE DAFÜR EIN, DASS ER EINE STAATS-BÜRGERSCHAFT ERHÄLT? NENN JA: WELCHE?  TOGO  TSATSIKISTAN  ANDERE
2. KÖNNEN SIE IHREN VIDEOREKORDER RICHTIG PROGRAMMIEREN UND WAS WÜRDEN SIE TUN, UM DEN 82% DER ÖSTERREICHINNEN ZU HELFEN, DENEN DAS NICHT UND NICHT GELINGEN WIL?
3. STIMMEN SIE MIT MIR ÜBEREIN, DASS F. VRANITZKY DER LANGWEILIGSTE BUNDESKANZLER SEIT GORBACH IST?
4. BEIM LEBERKÄS, BEVOR ZUGEN SIE DA MITTELSTÜCKE ODER ENDSTÜCKE, AUCH "SCHERZERL" GENANNT?
5. STÖRT ES SIE AUCH, DASS DER WETTERBERICHT TROTZ ENORMER FORTSCHRITTE IN DER TECHNIK (SATELLITEN, COMPUTER, KOPIERER) IMMER NOCH HÖCHST UNGENAU IST UND, WAS WÜRDEN SIE, AUSGESTÄTTET MIT DER AUTORITÄT IHRES HOHEN AMTES, UNTERNEHMEN, UM DIESES ÜBEL ABZUSTELLEN?

BEANTWORTEN SIE DIESE FRAGEN OFFEN UND EHRICH UND ZEIGEN SIE, OB SIE FÄHIG SIND, UNSER LEIDGEPRÜFTES VOLK ANZUFÜHREN!

Das TATblatt braucht (wieder mal) Geld, um die Vergleichskosten von

**ÖS 30.000,-**  
zu bezahlen.

Laßt vielleicht mal einen Spendenhut in eurem FreundInnenkreis kreisen und überweist doch den (hoffentlich saftigen) Betrag auf unser Konto. Entweder mit beiliegendem Erlagschein oder wenn dieser verlorengegangen ist -- P.S.K. 754.7212, lautend auf "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt".



**TATblatt**

Und nun: Ein Gedicht

bezahlte Anzeige

**Obwohl....**

....die SU schon längst ist krepirt...die KP seit ewig dahinvegetiert....für Fortschritt und RevoluzzerInnenkampf...  
 ....es hier zu Lande gibt keinen Dampf.....sei Bitte nicht so sehr irritiert....

**....im K.U.K.U kriegst du noch immer dein Bier serviert!**

(Hugo Hampel; 1.Preis im KUKU-Literaturwettbewerb)

Das PensionistInnenheim für Anarchos, Kummerl und überhaupt alle, die 'mal etwas werden wollten.....!  
 K.U.K.U. Wien 6, Linke Wienzeile 98

Lieber Unkerich!

Es wäre wohl besser gewesen, du hättest deine Müdigkeit überwunden (oder sollte dein "gähnen" deinen abgehobenen "Journalistenstandpunkt" symbolisieren?) und

**LeserInnenbrief:**

das letzte Plattform-Flugi abgetippt und diese "paar Formulierungen", die du "so nicht teilen" kannst, konkret kritisiert.

"Die AG und andere konnten ihr Programm" nicht "hauptsächlich deshalb durchziehen, weil wir zu schwach, zu unentschlossen, zu ... waren", denn es war nie geplant, die AG-Demo zu stören bzw. zu verhindern, sondern wir hatten beschlossen, mit unseren Forderungen teilzunehmen. (Sicher, die Einschätzung der AktivistInnen, nicht von Beginn an einen eigenen Block zu bilden, erwies sich im nachhinein als falsch. Wir können uns aber auch nicht erinnern, daß du dafür eingetreten wärest!)

Es wundert uns nicht, wenn das UNI-Aktuell (AG-ÖH-Postille) nichts über die Peinlichkeit am Dienstag Abend berichtete, als die von der AG-ÖH bezahlten KünstlerInnen die Konsumveranstaltung im "Aktionszelt" vorm Rathaus als solche entblößten und ihre Solidarität mit der Plattform bzw. den Audi-max-BesetzerInnen be-

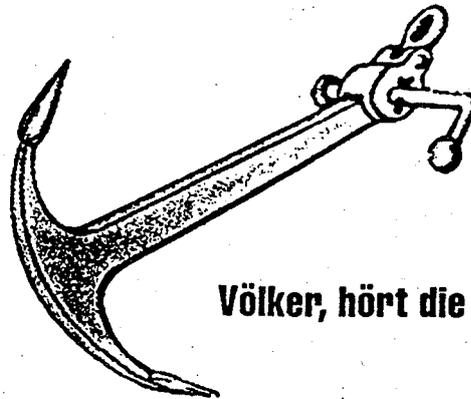
kundeten. Ein Teil derselben KünstlerInnen spielte sogar am gleichen bzw. darauffolgenden Abend gratis im Audi max. Zur Straßenblockade: Dein Mut und Wille zur "Militanz" in Ehren, aber wäre eine sinnlose Auseinandersetzung mit der Polizei, bei der Leute verheizt und demotiviert werden, in deinem Sinne? Glaubst du nicht auch, daß in diesem Stadium des Mobilisierungsgrades und der Widerstandsbereitschaft der StudentInnen die Aktion ein voller Erfolg war, umso mehr als es heute in Wien keine Selbstverständlichkeit ist, wenn 500 Leute eine illegale Demo machen, dabei Bullen austricksen und daraus Mut für zukünftige Aktionen schöpfen? Die Kritik an der Aufteilung in zentrale und dezentrale Aktivitäten verkaufst du als die deine, obwohl sie schon auf den verschiedensten Planas, auf denen du anwesend warst, vorgebracht wurde.

Womit wir wieder am Anfang wären: Was soll das Darüberstehen über unsere Aktivitäten (die ja auch die deinen waren / hätten sein können), nachdem du sie offensichtlich als Mißerfolg eingestuft hast?

Du hast richtig vom letzten Plattform-Flugi abgetippt: Es geht weiter!

Mehr Kraft und Liebe  
 Einige der "wedigen" Überlasteten  
 Lesybrief von der GEWI

DER WIENER RADIOMACHER BRINGT NEUE SENDELEISTEN UND MEHR KOORDINATION.

**Völker, hört die Signale!****18 Uhr**

Mo: Radio COD  
 Ohne Rücksicht auf Hörgewohnheiten  
 Di: Radio BREIFREI  
 Vernachlässigte österreichische Musik  
 Mi: Radio BOILER  
 Frauen, Medien, Politik, Musik  
 Do: Radio HOTZENPLOTZ  
 Musik, Politics, Fun, Sports  
 Fr: Radio TU  
 Mehr als Studententpolitik  
 Sa: Radio SISTERS IN VOICE  
 Weibliches und männliches

**19 Uhr**

Mo: Radio BASSENA  
 Urwiener Bassenratsch  
 Di: Radio ZORN / OTTAKRING  
 Literatur und Hörspiel  
 Mi: Radio FILZLAUS  
 Das erste Wiener Schwulenradio  
 Do: Radio IISANEI  
 Features und Musikerporträts  
 Fr: Radio SUKKUBUS  
 Satanische Ätherbeschmutzungen  
 Sa: Radio RUBBER  
 Hip Hop & Ragamuffin

**20 Uhr**

Mo: Radio BAZERK  
 Musik  
 Di: Radio AUDIMAX  
 Magazin für Studenten und andere  
 Mi: Radio RAMS  
 Rebel Army Of Militant Sheep  
 Do: Radio URBAN-AL(L) / WUNDERLAND  
 Musik / Alice und Ihre Freundinnen  
 Fr: Radio DURUTTI  
 Anarchisches  
 Sa: Radio BLUE NIGHT  
 Musik

**MONTAG 7 Uhr**

FRÜHSTÜCKSRADIO  
 Zwei Stunden Frühstück ohne Werbung

**SONNTAG 14 Uhr**

GEMEINSCHAFTSENDUNG  
 Live: Interviews, Gespräche und Publikumsbeteiligung

**Alle auf UKW 103.3 MHz**  
 Spenden: CA 6064-02-45381

Weitere Piraten auf noch unbesetzten  
 Sendeplätzen sind willkommen.

bezahlte Anzeige

**Chlorfrei gebleicht**

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

# Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen,....eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

**Die TATblatt-Kollektive:**  
**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr  
**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

**TATblatt-Linz:**

?? ? ? ? ?

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

### Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: NEUNEUNEUNE! (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreibenden oder des Schreibenden wieder.



## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Rave Up (Hofmühlgasse 9) **WIEN 7:** ● Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand April 1992